

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Ausschluss: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Honorare für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Justiz, Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 28. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Ueber die Spar-Agneselei

noch ein Wort zu verlieren, scheint auf den ersten Blick gewiß thöricht. Den reichstägl. Sozialistenbüchern und Zukunftsstaatlern, die im Gegenwartsstaat so schlecht Bescheid wissen und so jammervoll schlecht die Probe bestanden haben und bestehen, ist der Kopf von ihrer eigenen Presse so gründlich gewaschen worden, daß wir es nicht nötig haben, dieses nicht sehr anziehende Geschäft zu besorgen. Aber die Thatsache, daß die sogenannte Volksvertretung eines großen Reichs in kritischer und ereignissschwangerer Zeit sich ihrer Aufgabe so wenig bewußt gezeigt hat und fünf kostbare Tage mit einer solchen Volkskukulusheim-Debatte vergeuden konnte, hat ihre tiefere Bedeutung, und es verlohnt sich wohl, auf sie zurückzukommen. Man kann dem Volk nicht oft genug sagen, wie die Majorität der Vertreter beschaffen ist, die es sich gewählt hat. Und das Urtheil, welches ein in Berlin wohnender Schweizer gefällt und in einem an den „St. Gallener Stadtanzeiger“ gerichteten Briefe veröffentlicht hat, ist so treffend und schlagend, daß wir es unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Schweizer schreibt unter dem 12. d. M.:

Wer in der vergangenen Woche die bürgerliche Presse verfolgte, mußte zu dem Gedanken kommen, es habe sich ihrer eine allgemeine Faschingsstimmung bemächtigt. Von der „Kreuz-Zeitung“ bis zur „Volks-Zeitung“ jagten sich zehn Tage lang die Leitartikel mit den sensationellen Titeln: „Die Vernichtung der Sozialdemokratie“, „Die Sozialdemokratie am Pranger“, „Der Reichstag als St. Georg gegen den Drachen Zukunftsstaat“ u. s. w.

Die konservativen, liberalen und freisinnigen Blätter lagen sich in den Armen und weinten vor Rührung und Freude und schluckten vor Glück, daß es ihren Parteien im Reichstag gelungen sei, die 96 Sozialdemokraten mausetodt zu lachen. Das war ein trunkener Siegesjubel, als wäre ein zweites Sedan geschlagen. Man fragte nicht mehr wie, wo und warum; man erröthete in Wonne und Entzücken ob der vorzüglichen Waise Eugen Richters. „War das löstlich!“

Inzwischen hat aber doch die Vernunft ihr Recht geltend gemacht; ein Magenjammer kam, wie ihn die Presse kaum je erlebt hat. Man fing an sich zu besinnen: Was hatte man denn eigentlich gefeiert? Was war denn das Ergebnis der fünf-tägigen hitzigen Debatte?

Wiel und wenig! Viel insofern, als sich mit überraschender Klarheit herausstellte, daß die bürgerlichen Parteien über die Entwicklung der sozialistischen Ideen in den letzten Jahren vollständig im Dunkeln tappen. Und das kann den Auflösungsprozess der heutigen Parteien nur beschleunigen.

Wenig aber hat das Resultat in positiver Beziehung. Man glaubte, das sozialistische Programm, das man weder versteht, noch auch nur genügend kennt, zu vernichten, und bewies statt dessen nur die völlige Unvereinbarkeit der anderen Parteiprogramme mit den modernen Verhältnissen, die absolute Unfruchtbarkeit der individualistischen Richtungen. Eine Aussprache über diese Fragen, über die Bedeutung und den Werth des sozialistischen Gedankens wäre schließlich auch im Reichstage zur Abwechslung

einmal zulässig, obschon sie an sich einen akademischen Anstrich hat. Daß aber ein Parlament, von dem man doch annimmt, daß die gebildeten Leute darin sitzen, die Sache von einem Standpunkte aus anpackt, der heute einfach kindlich-naiv genannt werden muß, das übersteigt denn doch das erlaubte Maß von Zumuthungen, die eine Volksvertretung ihren Wählern machen darf.

Ein ehrlicher Kampf um die Berechtigung politischer Ansichten gehört zweifellos zum parlamentarischen Leben, und noch vor einem Jahrzehnt hätte mit einiger Berechtigung auch die Frage nach dem „Zukunftsstaat“ aufgeworfen werden können; denn der sozialistische Gedanke wurde damals selbst von ernstern Politikern zum Ausgangspunkt von Zukunftssträumen à la Bellamy gemacht. Man baute Lustschlösser, wie es immer der Fall ist, wenn sich eine starke Bewegung der Gemüther bemächtigt. Seither haben sich die Ideen gelöst; man ist aus den trunkenen Zukunftssträumereien auf den festen Boden der historischen Entwicklung zurückgekehrt und verschmäht es, Phantasiegebilde zu entwerfen, die doch niemals in allen Theilen der Wirklichkeit entsprechen können; kennt doch kein Mensch die Entwicklung, welche Menschengestalt und Menschenkraft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nehmen werden. Die Sozialisten am Ende des 19. Jahrhunderts sind keine Utopisten mehr, sie sind durch die Schule der Natur- und Geschichtswissenschaft hindurchgegangen und wissen, daß man wohl einer Entwicklung die Bahn von künstlichen, unnatürlichen Hindernissen frei machen kann, niemals aber diese Entwicklung zu hemmen oder von ihrer Bahn abzulenken vermag.

Der Deutsche Reichstag hat diese Klärung und Festigung des sozialistischen Gedankens verschlafen. Er sieht und hört nicht mehr, was um ihn vorgeht, und trotzt bedächtig phillisterhaft hinter dem Bogen der Zeit her. Und eines schönen Tages bemerkt er sich, daß da in seiner Mitte 96 Leute sitzen, die der bestehenden Gesellschaft den Krieg erklärt haben und erfüllt sind von dem Bewußtsein, daß die Zeit einer Wiedergeburt der Menschheit nicht mehr weit sein könne. Da rafft er sich auf, packt den ersten besten Knüttel aus seiner Rumpfkammer und schwingt ihn drohend gegen diese Freveler. Wenn der Knüttel nur nicht gar so morisch wäre!

„Zukunftsstaat“! Ueber diesen Knüttel stolpert ein Kind nicht mehr; es zerbricht ihn, als wär's ein Strohhalm. Es wäre ja an sich ein harmloses Vergnügen, wenn irgend ein kleinbrunniges Menschenkind sich damit amüsirte, ein recht albernes Bild von diesem „Zukunftsstaat“ zu entwerfen und dieses Bild mit wenig Witz und viel Behagen nach allen Regeln der Keilritze klein zu hacken, ungefähr wie die kleinen Buben es mit ihren Banahlgern machen. Aber die Sache ist traurig, wenn sich ein Parlament nicht über diesen Kleinjungenstandpunkt emporheben kann.

Bachem-Richter-Stöcker — ein edles Kleeblatt — ernteten donnernden Applaus, als sie ihren armen Klepper, die Frage nach dem „Zukunftsstaat“, zu Tode ritten: ein trauriges Schauspiel. Man könnte ja Herrn Richter, den kleinen Erben der großen Fortschrittspartei von 1848, fragen, ob man an die Revolutionäre von 1848 die Frage nicht mit mehr Recht hätte richten können, oder Herrn Stöcker, wie sich die Antisemiten denn den entjudeten „Zukunftsstaat“ vorstellen, oder Herrn Bachem, wie sich in seinen

Träumen die päpstliche Weltherrschaft darstellt. Man würde wahrscheinlich als Antwort nur ein blaßes Lächeln erhalten.

Diese Fragen wären aber immer noch berechtigt; denn alle diese Leute nehmen nicht die natürliche Entwicklung zur Richtschnur, sondern sie wollen die Welt nach ihrem Schadel umgestalten. Sie haben, jeder für sich, ihre Spezialmühen, in denen die Gesellschaft zerrieben werden soll. Sie sind die Sklaven ihrer privaten Leidenschaften, ihres nationalen, religiösen, politischen Fanatismus, dem sie unbedenklich die ganze Menschheit opfern würden, unbekümmert um Naturgesetze, unbekümmert um das Wohl und Wehe einzelner. Das freilich will der Sozialismus nicht. Er will, daß alle der Güter dieser Erde theilhaftig werden sollen. Er will die natürlichsten Kräfte benutzen, um einen Zustand zu schaffen, der kein Hohn auf die Menschewürde mehr ist. Er plätschert nicht in leichten Engherzigkeiten herum. Er lehrt die Zustände und ihre Ursachen erkennen, und in dieser Erkenntnis liegt für ihn die Zukunft.

Das sind keine Utopien, keine Phantasien, das ist die Logik der Thatsachen. Ist das Menschengeschlecht so weit, die zwingenden Schlüsse aus ihr zu ziehen, so bedarf es der Frage nach dem „Zukunftsstaate“ nicht mehr; dann ist die neue Entwicklungsphase der Menschheit da und kein Reichstag der Welt wird im Stande sein, sie auch nur um Haarsbreite zu verschieben oder zu verzögern.

Man kann von einem Parlament, in dem der Eigennutz Triebfeder ist, nicht verlangen, daß es an der Spitze der Nation marschire; aber die Rolle des Gassenbuben, der hinter dem Bogen der Zeit hergröhl, ist selbst eines deutschen Reichstages unwürdig.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Februar.

Aus dem Reichstage. Einige freisinnige Herren scheinen es noch immer nicht verschmerzen zu können, daß der Rektor aller Deutschen von den Bauern des Arnswaldener Kreises in den Reichstag gesandt worden ist. Nur aus dieser ärgerlichen Stimmung heraus läßt sich der heute gestellte Antrag erklären, in bezug auf die Wahl Ahlwardts noch weitere Erhebungen zu veranlassen. Nachdem dieser Herr einmal im Reichstag ist, thäte man, unserer Empfindung nach, besser, möglichst wenig Aufhebens von ihm zu machen.

Die Debatte über den Etat des Reichs-Justizamtes brachte eine Reihe alter Klagen, darunter auch gepfefferte Beschwerden unserer Genossen Kunert und Stadthagen über die von der Polizei, den Staatsanwälten und Gerichten beliebte Auslegung der verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Immunität der Abgeordneten. Auch die Ruffen-Ausweisungen wurden zur Sprache gebracht und gebührend beleuchtet. Freiherr von Münch brachte seine persönlichen Schmerzen vor, wobei sich ergab, daß er auf die württembergische Justiz recht schlecht zu sprechen sei.

Von freisinniger Seite wurde der Duellunfug und der Strafvollzug zur Sprache gebracht, während kurz vor

„Sie sind hier Keuling und Ihr Kopf ist frisch. Sie können besser als einer von uns urtheilen.“

Andrej blickte fortgesetzt auf den rohen Abriß der Festung, welchen ihm Sina entworfen hatte.

„Reben Sie doch endlich!“ sagte Sina. „Sind Sie stumm geworden?“

„Wohlan“, sagte schließlich Andrej, „wenn ich Ihnen die Wahrheit gestehen soll, so gefällt mir Ihr Plan ganz und gar nicht. Zu viele Dinge müssen in einander greifen. Solche Pläne gelingen nie. Er ist zu komplizirt. Ein geringes Hinderniß auf einem Punkte zerstört das Ganze. Ueberdies ist gerade die Basis nicht solide, das ist meine Meinung.“

Das ganze Unternehmen war auf die Mitwirkung der gemeinen Verbrecher, mit denen die politischen Gefangenen geheime Verbindungen hergestellt hatten, basirt. Zwei von diesen, ein früherer Straßenräuber, Berkut benannt, und ein anderer, ein Taschendieb, namens Kunzin, erboten sich aus eigenem Antrieb, Boris und seinen Freunden zur Flucht zu verhelfen. Ihr Anerbieten wurde angenommen. An dem unterirdischen Gange, durch den die Flucht bewerkstelligt werden sollte, wurde redlich gearbeitet, er mußte in einer Woche ungefähr fertig sein. Berkut und Kunzin hatten die ganze Arbeit verrichtet. Ihre Zelle lag im Erdgeschoße, während die politischen Gefangenen, die strenger bewacht wurden, in den Zellen des oberen Stockes des Gefängnisses eingeschlossen waren.

Wenn alles bereit wäre, sollten die politischen Gefangenen in der bestimmten Nacht die Thüren ihrer Zellen mit Dietrichen öffnen, zu der Zelle der gemeinen Verbrecher und dann zum unterirdischen Gang hinabsteigen.

Die Gefahr lag nicht darin, daß die beiden Verbrecher eine solch' ansehnliche Rolle spielten. Politische Gefangene

### Feuilleton.

Abdruck verboten.

25

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Es war ein kleiner Holzwürfel von einem Zoll Höhe auf einem winzigen Fußgestell. Aber lange und feste Lederstreifen, welche daran befestigt waren, zeigten, daß es ein Gebrauchsgegenstand war. Durch die Oeffnung des kleinen Beutels sah Andrej, daß er außerdem etwas Wolleses mit abwechselnden schwarzen und weißen Streifen enthielt, was er sofort als den jüdischen Gebetapparat erkannte.

Eines Tages war er in eine jüdische Synagoge gegangen und konnte sich daher nicht irren. Der Würfel stellte einen winzigen Altar vor. Sie besetzten ihn auf ihrer Stirn, während sie ihre Gebete hersagen; das gestreifte Tuch war der geheiligte Talleh, mit dem sie Haupt und Schultern bedeckten.

„Sehen Sie mal, was er da hat!“ sagte Andrej zu Mascha, ihr den Würfel und das gestreifte Tuch zeigend.

Beide brachen in Gelächter aus. Es war zu amüsan, diese Dinge im Besitze David's zu sehen, welcher gleich den andern Freidenker war.

„Das ist mein Paß; ja ich reise sogar nie ohne ihn,“ sagte David. Gleich einem Zauber vertreibt er die Spione und Polizisten, wenn sie sich in den Kopf setzen, mich für einen Nihilisten zu halten.“

Er lächelte, indem er den Faden mit den weißen Bähnen entzwei biß.

„Gehen wir jetzt zu Sina,“ sagte er. „Ich bin bereit, vor unserer Führerin zu erscheinen.“

Mascha bat sie, Sina bestens zu grüßen und ebenso Annie.

„Wer ist Annie?“ fragte Andrej, als sie allein waren.

„Annie Wulitsch, eine alte Bekannte von Ihnen. Sie trafen sie an der Grenze, bestimmen Sie sich nicht? Sie sagt, daß sie sich Ihrer sehr wohl erinnert. Sie kam aus der Schweiz zurück und spielt jetzt die Rolle eines Dienstmädchens in dem Hauptquartier.“

„Ja“, sagte Andrej, „ich erinnere mich ihrer wohl. War es aber vorsichtig, solch einem jungen Mädchen einen so wichtigen Posten anzuvertrauen?“

„Ich war anfänglich selbst geneigt, so zu denken,“ sagte David.

„Sie spielt ihre Rolle aber glänzend. Sina wählte sie. Sie hat in gleichem Maße die Gabe, Leute zu durchschauen, als sie an sich zu fesseln.“

#### Kapitel II.

#### Das Hauptquartier der Verschworenen.

An jenem Nachmittage fand in Sina's kleinem Hause, in einer der Vorstädte Dubrawnik's ein formloser Kriegsrath statt. Nur vier Personen waren zugegen — die beiden Frauen, Andrej und David.

Wulitsch nahm an der Unterhaltung wenig Antheil. In einem tiefen Armstuhl vergraben, so daß die Füße in der Luft schwebten, lauschte sie, ihre lebhaften schwarzen Augen bald dem einen, bald dem andern Sprecher zuwendend.

Sina setzte Andrej alle Einzelheiten ihres Befreiungsplanes auseinander und fragte ihn nach seiner Meinung.



Schluss der Sitzung Graf Kanitz noch die hohen Diätenfrage für die Mitglieder der Kommission zur Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches zur Sprache brachte. Es ergab sich dabei, daß die Mitglieder dieser Kommission, soweit sie in Berlin wohnen, 20 Mark — und soweit außerhalb wohnhaft 30 M. — pro Tag beziehen. Diese Sätze erhalten erst ihre richtige Beleuchtung, wenn man weiß, daß die Kommission nur aus hohen Staatsbeamten und durchwegs reichen Privatens — Industriellen, Kaufleuten, Großgrundbesitzern etc. — zusammengesetzt ist. Ein Arbeitervertreter befindet sich in der Kommission nicht; wo aber die Vertreter der oberen Zehntausend beisammen sitzen, da kann es sich das Reich schon etwas leisten lassen. Graf Kanitz führte an, daß auf den Kopf pro Jahr 8000 M. Diäten fallen und der Vertreter des Reichsjustiz-Amtes mußte das als richtig zugeben. —

**Die Militärfrage soll versumpfen** — das ist es, worauf die Verschleppungspolitik offenbar hinführt. Leidenschaft ist etwas Vorübergehendes. Die leidenschaftliche Opposition, auf welche die Militärvorlage zum Erstausgang ihrer Urheber bei dem deutschen Volke gestoßen ist, muß allmählich sich abkühlen — so rechnen die Männer der Verschleppungspolitik. Und sie bauen weiter auf die Eigenmächtigkeit der menschlichen Natur, sich allmählich an alles zu gewöhnen, und auch vor dem Verhaftesten mit der Zeit die Abneigung zu verlieren. Die Angst aller Majoritätsparteien vor Neuwahlen unterstützt aufs Beste die Verschleppungspolitik. Dank dieser sind wir heute — nach drei Monaten — von der Entscheidung weiter entfernt als die Masse des Volkes am Tage der Einbringung des betreffenden Gesetzesentwurfs dachte. Bei dem Tempo, in welchem die Militärkommission „arbeitet“, müssen wir von Glück sagen, wenn sie vor Ostern ihre Beratungen schließt. Dann kommt der Bericht, dann die Plenarberatungen zweiter Lesung, die nach Belieben in die Länge gezogen werden können. Vielleicht auch eine Vertagung. Die Opposition gegen die Vorlage stumpscht sich ab, die Aufmerksamkeit des Volkes wird eingeschläfert. . . Und eines schönen Tages ist die Militärvorlage mit einem Kompromiß angenommen — Moloch hat die gewünschte Abschlagszahlung. Und auf ein paar Jahre haben wir Ruhe, bis der Nimmersatt wieder Hunger hat und das Uebrige fordert.

Das ist der Plan.  
Deutsches Volk sei auf der Hut! —

**Die Militärvorlage und die um Stephan.** Die Postboten, so schreibt man der „Freisinnigen Zeitung“ aus Wittich in Schlesien, verbreiten jetzt unentgeltlich bei ihrem Dienstumgange die Broschüre aus dem Militär-Präsbureau: „Ausklärung über die Militärvorlage.“ Geschichte dies auf Anweisung des Herrn v. Stephan, oder ist dies nur ein Mißbrauch der Post, welcher einer lokalen Autorität zur Last fällt? —

**Das preussische Abgeordnetenhaus** beschäftigt sich heute mit dem Etat der Lotterieverwaltung. Die preussische Lotterie soll bekanntlich um 80 000 Loose vermehrt werden. Das Abgeordnetenhaus gab hierzu seine Einwilligung, nachdem die Abgg. Arendt (freikonserv.), v. Schalscha (Zentrum), Cremer (konservativ) das Bedürfnis der besseren Befriedigung des „legitimen Spielbedürfnisses“ anerkannt hatten. Herr von Schalscha fand im Lotteriespiel nichts Unmoralisches, da seine Erfahrung ihm lehre, daß Städte ohne Lotteriekollekte nicht moralischer seien als solche mit einer Kollekte. Wenn der ultramontane Herr von Schalscha die Erfahrung zu rathe ziehen will, wird er auch finden, daß die Gegenden, wo das Pfaffenhum herrscht, nicht bloß nicht moralischer, sondern noch weniger moralisch seien, als Gegenden, in denen die Macht des Pfaffenhumts gebudt ist. —

**Zollfragen.** Der preussische Landwirtschaftsminister hat die Provinzialbehörden angewiesen, Erhebungen anzustellen, welchen Einfluß die durch den deutsch-italienischen Zollvertrag erleichterte Einfuhr italienischer Weintrauben etc. und italienischer Weinbeeren auf die Lage der deutschen Weinproduzenten ausübe. —

**Eine Eingabe des „Vereins der deutschen Buchhändler“** erfuhr den Reichstag, dem Artikel 2 des

Art. 2 des Reichsgesetzes über die Gefangenenerhaltung, dem zufolge, wenn sie in denselben Gefängnissen mit gemeinen Verbrechern gehalten wurden, einen großen und segensreichen Einfluß auf diese aus, erweckten ihr Ehrgefühl und gewannen sie bisweilen zu ergebenden Anhängern. Sowohl Kunzin als Berkut sollten Boris mit Leib und Seele ergeben sein und hatten bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen, daß man sich auf sie verlassen könne. Sie waren aber in einer Zelle mit fünfzehn anderen Gefangenen eingesperrt, welche selbstverständlich ins Geheimnis des unterirdischen Ganges mit hineingezogen waren. Allerdings wußte keiner, daß der Gang für die politischen Gefangenen bestimmt war. Berkut und Kunzin gaben vor, daß sie selbst zu fliehen beabsichtigten und die Brüderlichkeit der Ausgestoßenen hütete das Geheimnis wohl. Alles aber stünde auf dem Spiele, wenn einer von diesen sich an dem eingeschmuggelten Branntwein betrunken und ein verhängnisvolles Wort in Gehörweite der Wachen fallen lassen würde. Schließlich mußten sie, wenn sie von einem Stockwerk zum andern gelangen wollten, durch Korridore schreiten, die Tag und Nacht bewacht wurden.

„Das ist alles sehr gewagt,“ schloß Andrej. „Sie werden auf diesen Wanderungen, wenn nicht noch früher ergriffen werden.“

„Welche Flucht ist nicht sehr gewagt, Andrej?“ erwiderte Sina. „Aber sehen Sie her, ich werde Ihnen zeigen, daß das, was Sie Wanderungen nennen, nicht so gefährlich ist, wie Sie denken.“

Sie nahm einen frischen Bogen Papier und machte einen besondern Plan vom Innern des Gefängnisses, welches sie bis in die kleinsten Details kannte.

Zur Zeit waren gerade neun politische Gefangene in den Zellen von Dubrawnik. Ihre Kerker befanden sich in zwei aneinanderstoßenden Korridoren, welche im rechten Winkel in der nordwestlichen Ecke des Gebäudes anstießen. Boris und seine beiden Gefährten befanden sich glücklicherweise auf demselben Korridor. Nach Mitternacht sollte Salehly, einer der Gefangenen, auf der andern Gallerie den Wächter, der die politischen Gefangenen bewachen mußte, in ein Gespräch verwickeln. Salehly hatte dies bereits mehr-

mal gethan, damit der Wächter nichts Verdächtiges darin sehen sollte. Sina zeigte auf dem Plane, daß der Wächter von Salehly's Thüre aus unmöglich in die andere Gallerie sehen konnte; ebenso wahrscheinlich war, daß er auch nichts hören würde. Die Thürangel, sowohl als auch die Schlösser der Zellen waren vorher sorgfältig eingedrückt worden, die Schlüssel sollten in Soden gehen. Wenn die Flüchtlinge erst außerhalb ihrer Zellen wären, so hätten sie nur die Thüre am obersten Ende der Treppe, welche in das Erdgeschloß führte, mit einem Dietrich zu öffnen und in die Gallerie der gemeinen Verbrecher hinabzusteigen. Im Erdgeschosse befand sich nur ein Wächter, welcher die ganze Gallerie auf und abschreiten mußte. Die Flüchtlinge hatten nur eine Weile auf der Treppe zu warten und den geeigneten Moment zu ergreifen, wenn die Wache außer Sicht sein würde. Dann sollten sie in die Zelle von Berkut und Kunzin schlüpfen, die sie erwarten und ihnen die Mündung des unterirdischen Ganges zeigen würden.

„Und wo mündet der Gang nach außen?“ fragte Andrej.

„Hier“, sagte Sina, und bezeichnete auf ihrem ersten Abriß einen Ort jenseits der äußeren Mauer.

„Und die Wache?“

„Hier.“

Sie bezeichnete einen anderen Ort auf der Linie der Mauer, welcher dem früheren sehr nahe lag.

„Sehen Sie,“ sagte Andrej, „die Leute müssen gerade unter der Nase der Wache aus dem Gange klettern.“

Er lud Bukitsch und David ein hinzusehen, als ob er sie als Zeugen anriefe.

„Wenn Ihnen das Aufstellen der Wachen überlassen wäre, hätten Sie sie wahrscheinlich so placiert, daß für diejenigen, die zu entschlüpfen wünschen, alle Schwierigkeiten aufgehoben wären,“ rief Sina, ungeduldig werdend aus.

„Aber da dem nicht so ist, müssen wir dem Unabänderlichen Rechnung tragen und es auf die bestmögliche Weise ausnützen.“

(Fortsetzung folgt.)

**Notstand oder nicht?** Dieser Tage ist der Geschäftsbericht über den Betrieb des städtischen Schlachthofes in Leipzig für das Jahr 1892 veröffentlicht worden. Es geht aus ihm ein Rückgang des Fleischverbrauchs hervor. Namentlich hat, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, der Verbrauch an Rindfleisch nicht bloß verhältnismäßig, sondern auch absolut einen Rückgang um 20 340 Kg. erfahren, denn er ist von 6 939 801 Kg. im Jahre 1891 auf 6 908 861 Kg. herabgefallen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 1892: 18,27 Kg. Rindfleisch (1891: 19,14 Kg.), 2,75 Kg. Hammelfleisch (2,85 Kg.) und 21,43 Kg. Schweinefleisch (21,69 Kg.). Der Verbrauch an Kalbfleisch bezifferte sich ebenso wie im Vorjahre auf 5,48 Kg. Insgesamt ergibt sich demnach ein Rückgang von 49,14 Kg. auf 47,91 Kg. das sind 2,5 pCt. des vorjährigen Verbrauchs. Es leuchtet ein, daß diese Abnahme des Konsums einen bedeutsamen Anfall im Ernährungsbudget der großen Masse bedeutet. — In der Zeit vom 1. November 1892 bis zum 21. Februar 1893 übernachteten in den drei Herbergen zu Wandersbied im Ganzen 9156 Personen, und zwar in der Herberge „Zum goldenen Löwen“ (Gerstenkorn) 5601, bei Danede, Sternstraße, 1937 und auf der Maurer- und Schneiderherberge in der Lüderstraße 1618 zugereiste Arbeiter. Wer bei solchen trüben Anzeichen nicht glaubt, daß kein Nothstand unter den deutschen Arbeitern vorhanden ist, dem ist eben nicht zu helfen. —

**Herrn Eugen Richter ins Album.** Aus Nürnberg wird der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, dem officiösen Organ der süddeutschen Regierungen, geschrieben: „Herr Grillenberger hat sich vom Reichstage einige Tage Urlaub geben lassen, offenbar um hier in seinem Wahlkreise die Stimmung zu sondiren. Er kann mit dem Ergebnis zufrieden sein. Eine eifrige Volksversammlung — in der er über Reichstag, Zukunftsstaat und Militärvorlage gesprochen hat — war von der Arbeiterschaft so riefisch besucht, und der Jubel, mit dem er von der Versammlung empfangen wurde, war so groß, daß deutlich klar geworden ist, wie diejenigen sich getäuscht haben, die sich von den jüngsten Erörterungen im Reichstage über den Zukunftsstaat irgendwelche Erschütterung der Sozialdemokratie versprochen hatten.“ —

**Herr Streng.** Kürzlich ist auch in diesen Blättern über die Mißstände in den Gefangenenerhaltung zu Jätershausen (Herzogthum Gotha) nach der Darstellung des deutschfreisinnigen Redakteurs Boshart berichtet worden. Boshart hatte einen Vorkurs seines im „Gothaischen Tageblatt“ erschienenen Artikels dem gothaischen Staatsminister Streng, der früher ein eifriger Liberaler war, zur Verfügung gestellt, um ihm „den rechtzeitigen Erlass der Erforderlichen Anordnungen zu ermöglichen.“ Der Staatsminister hat ihm darauf geantwortet, er habe persönlich eine Untersuchung der in der Zeile Ihres Schreibens erwähnten Vorfälle in den Gefangenenerhaltung zu Jätershausen, sowie der Behandlung der Gefangenen im allgemeinen auf mehrere Jahre rückwärts angestellt, die Anwendung ungesetzlicher Disziplinarmittel aber zu meiner Befriedigung nicht feststellen können, insbesondere nicht die Anwendung körperlicher Züchtigung bei weiblichen und bei erwachsenen männlichen Gefangenen, bei jugendlichen männlichen aber nur in wenigen Fällen und nur in einem durch den Erziehungszweck gebotenen Umfang. In den Jahren 1885 und 1888 sind bedauerliche Exzesse zwar vorgekommen, aber auch zur strafrechtlichen Abhandlung gebracht worden.“ Aber diese „Berichtigung“ genügt dem Herrn Minister von Sachsen-Coburg-Gotha

mal gethan, damit der Wächter nichts Verdächtiges darin sehen sollte. Sina zeigte auf dem Plane, daß der Wächter von Salehly's Thüre aus unmöglich in die andere Gallerie sehen konnte; ebenso wahrscheinlich war, daß er auch nichts hören würde. Die Thürangel, sowohl als auch die Schlösser der Zellen waren vorher sorgfältig eingedrückt worden, die Schlüssel sollten in Soden gehen. Wenn die Flüchtlinge erst außerhalb ihrer Zellen wären, so hätten sie nur die Thüre am obersten Ende der Treppe, welche in das Erdgeschloß führte, mit einem Dietrich zu öffnen und in die Gallerie der gemeinen Verbrecher hinabzusteigen. Im Erdgeschosse befand sich nur ein Wächter, welcher die ganze Gallerie auf und abschreiten mußte. Die Flüchtlinge hatten nur eine Weile auf der Treppe zu warten und den geeigneten Moment zu ergreifen, wenn die Wache außer Sicht sein würde. Dann sollten sie in die Zelle von Berkut und Kunzin schlüpfen, die sie erwarten und ihnen die Mündung des unterirdischen Ganges zeigen würden.

„Und wo mündet der Gang nach außen?“ fragte Andrej.

„Hier“, sagte Sina, und bezeichnete auf ihrem ersten Abriß einen Ort jenseits der äußeren Mauer.

„Und die Wache?“

„Hier.“

Sie bezeichnete einen anderen Ort auf der Linie der Mauer, welcher dem früheren sehr nahe lag.

„Sehen Sie,“ sagte Andrej, „die Leute müssen gerade unter der Nase der Wache aus dem Gange klettern.“

Er lud Bukitsch und David ein hinzusehen, als ob er sie als Zeugen anriefe.

„Wenn Ihnen das Aufstellen der Wachen überlassen wäre, hätten Sie sie wahrscheinlich so placiert, daß für diejenigen, die zu entschlüpfen wünschen, alle Schwierigkeiten aufgehoben wären,“ rief Sina, ungeduldig werdend aus.

„Aber da dem nicht so ist, müssen wir dem Unabänderlichen Rechnung tragen und es auf die bestmögliche Weise ausnützen.“

(Fortsetzung folgt.)

nicht. Er schreibt ferner: „Da Sie sich übrigens auf die Anzeige an mich nicht beschränkt, vielmehr in dem Artikel des „Gothaischen Tageblattes“ vom 16. d. M., überschrieben „Zur Warnung“, die Ehre der derzeitigen Verwaltungs- und Aufsichtsbeamten durch Beschuldigung strafbarer und ehrloser Handlungen schwer gekränkt haben, halte ich es für richtig, die Einsprüche gegen Sie auf Grund des bezeichneten Artikels für geboten und lasse die erforderlichen Anträge an den Herrn Staatsanwalt bei dem hiesigen Landgericht mit diesem abgeben.“ Dieses Vorgehen ist selbst für den rosigsten Optimismus keine Aufmunterung zur Aufdeckung von Uebeln, aber es fällt nicht aus dem Rahmen des herrschenden Systems. So unsympathisch uns Herr Boshart persönlich ist — er gehörte schon in München zu den unfeinsten und taktlosesten Gegnern der Arbeiterpartei —, so gerechtfertigt ist der Kampf, den er wider jene Mißstände führt. —

**Der christliche Stephan.** Die „Kreuz-Zeitung“ bringt nach den Angaben der „Deutschen Schulpost“ eine Uebersicht über die Berufswahl der Ostern 1891 abgegangenen Gymnasial-Abiturienten. Aus derselben ersehen wir, daß außer dem Militär- und Steuersach auch das Postfach den Juden verschlossen ist. Wir würden das dem Herrn Stephan nicht besonders nachtragen, wenn wenigstens sein antisemitisches Herz sich in um so größerer Fürsorge für seine christlichen Unterbeamten offenbaren würde. Aber die Postbeamten wissen hier von ein Lied zu singen; insbesondere die Post-Assistenten sind der Meinung, daß ein Jude als General-Postmeister ihre Lage auch nicht verschlimmern könnte.

Nach der erwähnten Uebersicht betrug die Zahl der Abiturienten 3619, wovon 2453 (67 3/4 pCt.) evangelischer Konfession, 907 (25 1/4 pCt.) katholischer, 269 (7 1/2 pCt.) jüdischer Religion und 5 Dissidenten. Nach der Volkszählung von 1885 lebten in Preußen 62 pCt. Evangelische, 37 1/4 pCt. Katholiken und 1 1/4 pCt. Juden. Die „Kreuz-Zeitung“ zieht hieraus eine ganz willkürliche statistische Folgerung. Da fast allein den bestehenden Klassen die Möglichkeit gegeben ist, die höheren Bildungsanstalten zu absolviren, fällt selbstverständlich ein größerer Prozentsatz dieser auf die Juden. Den Arbeitern und kleinen Gewerbetreibenden, die 95 Prozent der Bevölkerung, kann es aber ganz Wurst sein, ob von den 5 Prozent der bestehenden Klassen ein größerer oder geringerer Theil auf diese oder jene Konfession fällt. Interessanter wäre uns eine Statistik über die Klassen, aus deren Reihen sich die Studirenden rekrutiren. Da würde man herausfinden, daß nicht nur den Juden, sondern auch den christlichen Arbeiterklassen der Zutritt zu den Offiziersstellen wie zum höheren Postdienst verschlossen ist, und daß höchstens etwa zu der Theologie die sogenannten „unteren“ Klassen in einigen Exemplaren gelangen. Dieser Berufszweig ist verhältnismäßig sehr stark vertreten, weil der Weg zu ihm durch zahlreiche Stipendien erleichtert wird und er am ehesten zur „Nahrung“ und „Versorgung“ führt. Freilich hat er zur Mitgabe ein gut Theil Selbsterniedrigung, die Rehrseite des berüchtigten „geistlichen Hochmuths“. —

**Von der Gesinde-Ordnung.** In einem bürgerlichen Blatte, dem „Schleiboten“, liest man:

„Angeschuldigt, den Dienst eigenmächtig verlassen zu haben, erschienen am 21. d. M. vier Meiermädchen vor den Schranken des Gerichts zu Kappeln (Kreis Schleswig). Der Thatbestand, auf welchem die Anklage beruht, war folgender. Das eine der Mädchen wurde vom Haushalter, der zugleich Meierist (zur Erklärung diene, daß unter „Meierist“ der Leiter einer Meierei zu verstehen ist) ist, wegen unverschämter Dinge so arg ausgescholten und mit Thätlichkeiten bedroht, daß sämtliche Mädchen, die sich aus der ganzen Art und Weise des Verfahrens und der Reuerungen des Haushalters mit ihrer Mitmagd bedroht und beschimpft fühlten, am 16. d. M. nach dem Willen und danach eingenommenem Beschluß zum Gutsherrn gingen, um sich dessen Schutz gegen die Behandlung durch den Haushalter zu erbitten. Der Gutsherr hörte sie jedoch nicht, sondern verwehrte sie darauf, erst ihre Arbeiten zu verrichten. Die Mädchen setzten diesem Ausspruch ihr Recht auf den Schutz der Diensterschaft vor Augen entgegen und wollten nicht eher wieder in die Arbeit eintreten, als bis sie gehört seien. Der Gutsherr sah diese Handlungsweise als ein eigenmächtiges Verlassen des Dienstes an, ließ die Mädchen vor der Meierei in Kammer militärischer Haltung mit den Füßen im Schnee sich aufstellen und so lange unter Aufsicht, die jedes Abweichen von der strengen Haltung mit Thätlichkeiten rügte, stehen, bis der Kammerdiener kam, um sie dem Amtsvorsteher vorzuführen. Später wurden die Mädchen als Arrestanten nach Kappeln gebracht. Die Vernehmung ergab im großen Ganzen den Sachverhalt so, wie er eben dargestellt; nur konnten die Zeugen nicht aussagen, daß die Schimpfreden und Bedrohungen auch den drei anderen Mädchen gegolten haben. Das Gericht sprach die Eine der vier Mädchen von der Anklage frei und verurtheilte die drei Uebrigen in eine Haftstrafe von je zwei Tagen, die durch die Untersuchungshaft als verübt erachtet wurde.“

Die Richter, die nach dem Buchstaben eines inkonsequenten Gesetzes urtheilen müssen, trifft kein Vorwurf. Daß aber im Auge des neunzehnten Jahrhunderts die unerböhrten Vorschriften der Gesinde-Ordnung noch zu Recht bestehen, das zeigt unsern „Rechtsstaat“ in seiner ganzen Glorie. Der Gutsherr ist ein Junker, Herr Paul von Schiller auf Buchhagen in Angeln, nicht weit von Kappeln. Sein Vater soll, wie das „Echo“ meldet, in Hamburg noch mit Deringern gehandelt haben. (Natürlich ein gros.) Für seine Verdienste wurde er vom dänischen König geadelt. Wie viele seiner Genossen vom Adel wurde Herr v. Schiller in den Gründerjahren sehr bekannt und verschiedene Mißblätter wußten von „Schiller's Werken“ zu sprechen. Der Sohn ist nun Gutsherr, und wie man sieht, versteht er sich auf das „patriarchalische Regiment“ mindestens ebenso gut, wie nur je ein mecklenburgischer Wobstuljunker, dessen Ahnen an der Herrstraße als Wegelagerer gelegen und Leibeigene geschunden haben. Unsere Genossen in Schleswig-Holstein aber werden zweifellos die gerichtlich festgestellten Handlungen des edlen Herrn v. Schiller bei der Landtagung verwenden. Nichts ist mehr geeignet, die „Vortrefflichkeit“ unserer heutigen Weltordnung zu beweisen, als solche „keine Vorkommnisse“ aus dem täglichen Leben. Duan sieht auch der Beschränkteste, was heute Gesetz und Recht ist! —

**Hochmuthsches in Galizien.** Noch ist der große galizische Folldefraudations-Prozess, worin die schimpflichsten



**Befähigung und die Betrügereien der Bureaucratie** Galizien, die mit den der rheinischen Kapitalisten Hand in Hand gingen, in frischer Erinnerung. Der Name des Hofraths Trzciniecki, des weiland Chefs der Zollverwaltung und der Schmuggler, ist ein System. Im Polenland des österreichischen Abgeordnetenhauses ist man deshalb auf den Finanzminister Steinbach, der den Schwindel aufdeckte, nicht gut zu sprechen. Die „edlen“ Polen zapften ihn bei der Verachtung seines Stats an, und er zahlte ihnen dafür grünlich heim. Steinbach erzählte u. a., daß die Steuerrückstände in Galizien bis Ende 1891 auf 6 649 000 fl., d. i. mehr als 86 pCt. der Steuerschuldigkeit gestiegen waren, während sie in den übrigen Ländern zusammen sich nur auf 12 pCt. belaufen. In Lemberg speziell bleibt man überhaupt mehr Steuern schuldig als man bezahlt; die Rückstände betragen dort 80 pCt. der Schuldigkeit. In dem durch Galizien repräsentierten Osten der Monarchie hat sich der westeuropäische Begriff des Steuerzahlens noch nicht eingebürgert. Wie einst die Judäer in Amerika mit der Unionsregierung, so leben, schreibt der Wiener Berichterstatter der „Frankf. Zeitung“, die galizischen Staatsbürger mit der Steuerverwaltung in einem permanenten Guerillakrieg, in dem jede List und jeder Betrug für erlaubt gilt. Selbst „angesehene Leute“, so erzählte der Finanzminister, scheuen sich dort nicht, all ihr Hab und Gut auf grund erdichteter Forderungen „bis auf das Hemd“ im Voraus pfänden zu lassen, damit der Kaiser oder wenigstens der kaiserliche Steuersekretär, wenn er kommt, sein Recht verloren habe. Und dabei zeigt der „Nationalwohlstand“ Galiziens, d. i. seiner wohlhabenden Klassen in den letzten Jahren eine bedeutenswerthe Prosperität, die sehr begreiflich ist nach den vielen Geldopfern, die das Reich Jahr aus Jahr ein für das Land Galizien, d. h. für Zucker, Schnapsbrenner und Händler bringt.

**Fusangel hat vom Zentrum den verdienten Lohn bekommen.** Man sieht wohl den Verrath aber nicht den Verräther. Daß Fusangel sich dazu hergab, dem Zentrum das Opfer seiner Ehre und seines Rechtsgefühls zu bringen und unter dem Zeichen des goldenen Kalbs den Vergleich mit Baare zu schließen, hat ihm seinen Dank eingebracht. Er ließ sich im Wahlkreise des verstorbenen Reichensperger als Reichstagskandidat aufstellen, und bezeichnete sich als „linksstehender Zentrumsmann“. Das hat ihm die Blige des Zentrums zugezogen.

Wie ein Telegramm uns meldet, haben die Vorstände der Zentrumsparthei im Reichstag und preussischen Landtag erklärt, sie lehnten die Unterzeichnung eines rechten und eines linken Flügels ab; wer eine andere Stellung zum Zentrum einnehme, stelle sich außerhalb desselben. Das ist schon mehr wie ein Fußtritt. Es bedeutet das „Hinausfliegen“ Fusangel's aus dem Zentrum — falls er nicht zu Kreuz kriecht und für seinen tollkühnen Streitsprung Verzeihung erbittet. Das ist die verdiente Strafe der Gesinnungslosigkeit. Herr Fusangel hat sich in seinen eigenen Fußangeln gefangen — das ist das würdige Ende der Fusangelei.

**Der Reichstags-Abgeordneter Bödker (Zentrum),** ist im 68. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene war Landgerichtsrath in Hildesheim und vertrat den 6. Kölischen Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth.

**Mason's Befinden ist, wie uns aus Cannes geschrieben wird, den Umständen nach durchaus befriedigend;** die Besserung schreitet langsam, aber stetig fort; und wenn kein Rückschlag eintritt, ist vollständige Genesung zu erwarten. Einstweilen kann der Kranke, der seit dem Lustrationschnitt durch eine Röhre (Kanüle) athmen muß, sich nur schriftlich verständigen.

**Das Referendum in Belgien** — die private Abstimmung über die Frage des Wahlrechts — hat gestern stattgefunden, und zwar in folgender Weise. Jedem männlichen Staatsbürger war ein Stimmzettel zugestellt worden, der folgende 5 Fragen oder Anträge enthielt: Wollen Sie 1. das mit vollendetem 21. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht (Antrag Janson); 2. das mit vollendetem 25. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht (Antrag Rothomb); 3. Ausschluß der Unterstufen und dazwischen, welche weder lesen noch schreiben können (Antrag Graux); 4. Abhängigkeit der Wahlberechtigung von dem Innehaben einer eigenen Wohnung und dem Nachweis eines gewissen Bildungsgrades (Regierungsvorlage); 5. Ausschluß derjenigen von der Wahlberechtigung, welche keine Volksschulbildung besitzen (Antrag Frères-Orban). Bei dem gewünschten Wahlssystem war ein Kreuz zu machen. Jeder bisherige Bezirkswähler für die Kammerwahlen hat einen rothen, jeder bisherige Provinzial- und Gemeindegewählter einen blauen, und jeder Nichtwähler einen weißen Stimmzettel bekommen.

Die Stimmabgabe, welche in Redaktionslokale, Cafés und anderen öffentlichen Lokale vorgenommen ward, vollzog sich überall in völliger Ruhe und Ordnung.

Ueber das Resultat liegen folgende Telegramme vor: Brüssel, 26. Februar. Das Volksreferendum ist überall in großer Ruhe verlaufen. In Brüssel waren etwas mehr als die Hälfte der Einwohner in die Listen eingetragen; davon betheiligt sich etwa 25 000 an der Abstimmung. Die Mehrheit stimmte für den Antrag Janson. Die beträchtliche Zahl der Stimmhaltungen in den Katholiken und den gemäßigten Liberalen zuzuschreiben, welche keine radikalen Maßregeln wünschen. In den Arbeitervierteln war die Theilnahme infolge der sozialistischen Propaganda eine größere. In einigen anderen Gemeinden, besonders in den Arbeiterzentren, war die Zahl der Abstimmenden verhältnismäßig viel erheblicher, vor allem in Morlanwelz, Manage und Steruss. Die katholischen Blätter sagen, man könne aus dem Referendum, wels es nicht ordnungsmäßig organisiert sei, keine Schlüsse ziehen; sie führen an, daß viele Unregelmäßigkeiten und betrügerische Machenschaften bei dem Referendum vorgekommen seien.

Brüssel, 26. Februar. Das Gesamtergebnis des Volksreferendums über das Wahlrecht stellt sich für Brüssel nebst Vororten wie folgt: Von 111 700 in die Listen eingeschriebenen Personen haben 60 279 ihre Stimme abgegeben. Davon stimmten für den Antrag Janson, das mit vollendetem 21. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht 48 660 Personen, für den Antrag Rothomb das mit vollendetem 25. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht 7634, für die übrigen drei Anträge zusammen 365 Personen.

Morgen nehmen die Verhandlungen über die Verfassungsrevision in beiden Kammern ihren Anfang.

**Italien.** Man schreibt uns aus Mailand vom 25. Februar:

Thron, Altar und Geldsack können einander in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht entbehren, sie stützen sich gegenseitig, sind mit einander ver wachsen wie die Dreieinigkei. Die Papiesteuer am 20. D. M. lieferte wieder den Beweis dafür.

Pecci (Famillennam des Papstes) kann und soll mit der ihm dargebrachten Huldigung völlig zufrieden sein. Fürsten der protestantischen, griechisch-katholischen und mohamedanischen Religion erblicken in dem Houp der römisch-katholischen Kirche mit Recht eine mächtige Stütze, deswegen die schmeichelhaften Beglückwünschungen und Geldspenden von hohen und höchsten Herrschaften. Das „patriotische“ Italien kann aber beruhigt sein, Thron und Geldsack haben wirklich nur dem Altar ihre Sympathien zum Ausdruck gebracht, die sicher keine Gefahr für das junge italienische Reich in sich schließen. Diejenigen, welche von der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes reden, sind Faselhänfe, die sich auf die Thatfachen nicht verstehen. Italiens Bewohner sind katholisch, aber nicht sanaitisch. Hier in Mailand ist die Papiesteuer in den Kirchen stiller verlaufen als z. B. in den kleinen bayerischen Städtchen Bamberg und Würzburg, wo kirchliche Würdenträger in der Verherrlichung des Papstes von Baien an Eifer fast übertroffen wurden. Nur in der nächsten Umgebung des Papstes, in der Peterskirche, fanden Feierlichkeiten statt, denen eine große Volksmenge beiwohnte, im übrigen Italien schenkte man dem Festtag keine besondere Aufmerksamkeit; die große Menge folgte dem ererbten Instinkt, kirchlichen Funktionen bei zuwohnen. Die Vertreter des offiziellen Italiens können den Kirchenfürsten nicht anwenden, so gern sie es in ihrem Interesse vielleicht thäten, weil die Expropriation der Kirchengüter noch zu frisch im Gedächtnis ist.

Auch hier erregten die Debatten im Deutschen Reichstag über den sozialistischen Zukunftsstaat großes Aufsehen. Diese Genossen sind daran, die von den sozialistischen deutschen Abgeordneten bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden zu überlegen und in großer Auflage drucken zu lassen.

Es wurde als Ereignis weittragender Wirkung betrachtet, daß — mag die Absicht der Berathalter gewesen sein, welche sie moße — zum ersten Mal in einem bürgerlichen Parlament die Thesen des Sozialismus erörtert wurden. — Es wird darüber gesagt, daß sich unter den sozialistischen Abgeordneten in Rom keiner fand, der gelegentlich der Bankstandale unseren Standpunkt von der Tribüne herab dem ganzen italienischen Volke drastisch darlegte. Uebrigens hat diese Unterlassungssünde vielleicht auch ihr gutes. Giolitti wäre gewiß vorchtiger geworden und hätte sich nicht in das Wespennest gesetzt, aus dem er jetzt nicht weiß, wie er herauskommen soll. Oh, wann und wie er herauskommt, wird ein späterer Brief berichten.

Ueber die Lage in Italien schreibt Cipriani an die Pariser „Grande Bataille“, daß es so nicht weiter gehen könne. „Das Ministerium wankt. Zwei Minister, Martini und Bonacci, sollen ausgeschickt werden — das genügt aber nicht. Was die Einbildungskraft des Volks am meisten beschäftigt, das ist die Verfechtung von Beichnamen. Neulich wurde in Sizilien der Kommandant Notabartolo, der im Begriff war, die Bestechungen und Betrügereien der sizilianischen Bank zu enthüllen, auf der Eisenbahn in räthselhafter Weise ermordet; und ebenso räthselhaft ist der plötzliche Tod des vorher ganz gesunden Deserbi. Das Volk glaubt an Gift und schiebt die Schuld für beide Mordthaten auf den Ring der Bankdiebe, zu denen es die Minister rechnet.“ Cipriani schildert weiter die Erbitterung, welche die Wiener Rundgebungen zu gunsten der weltlichen Macht des Papstes in Italien hervorgerufen haben, und welche sich mit zunehmender Heftigkeit gegen Oesterreich und gegen den Dreibund richtet.

**Cleveland, der neue amerikanische Präsident, hat bereits sein Ministerium gebildet, und zwar aus Angehörigen aller Parteien, — natürlich mit Ausschluß der Sozialdemokraten.** Es ist sehr vernünftig, daß Herr Cleveland sich an die alten Parteischablonen nicht mehr lehrt — ist doch, wie wir wiederholt darlegten, jeder prinzipielle Unterschied zwischen den alten Hauptparteien: Demokraten und Republikanern, längst thatsächlich beseitigt. Daß der neue Präsident den neuen Verhältnissen Rechnung trägt, ist sehr vernünftig, und daß er sich ehrliche Leute aussucht, kann nur Anerkennung finden.

**Die Vorkonferenz zur endgiltigen Regelung aller den Internationalen Kongress betreffenden Fragen** wird am 26. März stattfinden. Die deutsche Partei wird natürlich vertreten sein.

## Aus England.

London, 25. Februar. Die erste parlamentarische Redebank am Gladstone's neue Home-rule-Bill ist vorüber. Vier Tage hat sie gedauert, und an ihrem Schluß genehmigte das Haus der Gemeinen ohne Widerspruch, daß — die Bill eingebracht werde. Ein solcher Beschluß muß nämlich gefaßt sein, bevor überhaupt ein Gesetzesentwurf zur ersten Lesung im Haus gelangen kann. Diese selbst aber erfolgt ohne Debatte. Erst bei der zweiten Lesung beginnt in der Regel die Diskussion — sowohl die des Prinzips, wie die der Einzelheiten des betreffenden Entwurfs. Wir haben uns also für die mit dem 18. März beginnende Woche auf das eigentliche Sterntreffen gegen die nummehr ihrem vollen Wortlaut nach bekannte „Bill, betreffend die Abänderung der Vorschriften für die Regierung Irlands“, gefaßt zu machen.

In der Zwischenzeit läßt die Regierung dem Hause ihre Vorlagen zweiter und dritter Ordnung auf. Vorgestern brachte Herr Fowler, der Präsident des Ordnungsverwaltungs-Büro's, einen Entwurf zur Abänderung der Vorschriften über die Herstellung der Wählerlisten ein, und Herr Asquith, der Staatssekretär des Innern, einen Entwurf zur Abänderung des Haftpflicht-Gesetzes. Beide Gesetze stellen, soweit sie gehen, Fortschritte zum Besseren dar. Die Art, wie zur Zeit die Wählerlisten hergestellt werden, ist überaus komplizirt und bedeutet in der Praxis die Entziehung eines erheblichen Prozentsatzes von zur Anbahnung des Wahlrechts sonst qualifizierten Personen, Arbeitern und auch Angehörigen der Bourgeoisie. Eigenthümer, Haus- und Wohnungsmiethhaber sind nach dem Wahlgesetz von 1884 wahlberechtigt, die letzteren, auch wenn sie nur für ein Zimmer Miete zahlen. Aber um in die Wählerlisten, die jährlich erneuert werden, zu gelangen, muß man das Haus oder die Wohnung ein Jahr vor dem 15. Juli des betreffenden Jahres fortgesetzt inne gehabt haben, so daß z. B. jemand, der zu Michaeli, dem vielmehr am meisten beachteten Umzugstermine, eine Wohnung bezieht, erst im nächstnächsten Jahre auf die Wählerliste kommt, die aber erst am ersten Januar des darauf folgenden Jahres rechtskräftig wird, so daß unter Umständen über zwei Jahre vergehen können, ehe jemand dazu gelangt, thatsächlich Wähler zu sein. Nur Eigenthümer oder die Miether ganzer Häuser werden von dem dazu beauftragten Beamten ohne ihr Zutun auf die Wählerliste gesetzt, die Abmieter („lodgers“) müssen sich alle Jahre selbst dazu melden. Da dies natürlich die Beamten aus eigener Initiative thun, so halten sich die politischen Parteien

\*) Die Verächter der Sozialdemokratie werden nicht sehr erkaunt sein, daß man im Auslande ihre Sparganelei als eine beabsichtigte Klamme für die Sozialdemokratie aufsaßt.

Agenten, die die Namen der zu Wählern qualifizierten „Lodgers“ ihres Bezirks sammeln und für sie die Anmeldung besorgen. Jeder Agent meldet indeß nur solche Lodgers an, von denen er weiß, daß sie mindestens möglicherweise für die Kandidaten seiner Partei stimmen und nimmt es bei Lodgers, die sich als Anhänger seiner Partei bekennen, mit der Qualifikation nicht allzu genau. Kommt es dann nach Fertigstellung der Listen zur Prüfung derselben vor den dazu gebildeten Registrations-Gerichtshöfen, so müssen die Parteien selbst einander auf die Finger schauen, erst wenn bis zu einem bestimmten Termin kein Protest einläuft, ter ist, wenn angemeldet, auch Wähler. So giebt es denn jahraus jahrein langwierige Verhandlungen vor diesen Gerichtshöfen, bei denen es sich nur darum handelt, daß eine Partei immer die Liste der anderen zu revidieren sucht. Das ist ebenso etelhaft wie kostspielig, und kostspielig, enorm kostspielig ist die ganze Prozedur von Anfang an. Nur die großen, wohlorganisirten und wohlundirten Parteien können sich die Einrichtung und Unterhaltung des dazu nöthigen Apparats leisten.

Die Bill des Herrn Fowler setzt an Stelle der unverantwortlichen Personen, die jetzt die Namen der Hausmiether, die Wähler sind, einsammeln, öffentliche Beamte, die für jede mißbräuchliche Anmeldung oder Nichtanmeldung in Strafe gezogen werden, hebt die Unterscheidung zwischen Hausmiethern und Abmiethern, bezw. Kftermiethern auf, so daß auch die letzteren von den öffentlichen Beamten auf die Liste gesetzt werden müssen, setzt den Termin zur Wählerqualifikation von einem Jahr auf drei Monate Wohnungsinhaberschaft herab, bestimmt, daß die neue Liste jedesmal statt am 1. Januar schon am 1. November nach Auffüllung in Kraft tritt und daß Wohnungswechsel innerhalb eines Wahlkreises sofortige Uebertragung des Namens des betreffenden Wählers zur Folge hat, und hebt die Bestimmungen auf, welche heute die Wählerqualifikation von der rechtzeitig erfolgten Bezahlung der Miete z. c. Steuer abhängig macht, und nach denen u. A. ein Abmieter sein Stimmrecht verliert, wenn sein Hauswirth mit der Steuer im Rückstand bleibt. (Es ist z. B. vorgekommen, daß ganze, nur von Arbeitern bewohnte Häuserreihen auf diese Weise von den Listen gestrichen — „disfranchised“ — wurden.)

Die Bill des Herrn Fowler ist nicht frei von Mängeln. Sie läßt noch manche Ueberbleibsel des alten verrotteten Wahlsystems bestehen, und sie enthält noch Einschränkungen, die sich in der Praxis in periodische — wenn auch auf relativ kurze Perioden sich erstreckende Wahl-Entzweigungen überlegen. Die Statuirung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes schlechtweg kann in einem Entwurf über die Abänderung der Registrationsvorschriften nicht gesehen, aber die Bill ist nicht die Begleitbill einer das allgemeine Wahlrecht feststellenden Bill, und ist insofern vom sozialdemokratischen Standpunkt aus ungenügend.

Aber sie ist immerhin eine Vorlage, von der der Konservativ, Webster nicht mit Unrecht sagte, daß sie „eine als Wahlregistrirung-Abänderungsbill verkleidete Reformbill“ sei. Und Jolson, Burns erklärte denn auch in seiner parlamentarischen Jungferrede, daß er sie als Abschlagszahlung auf das allgemeine Wahlrecht mit Vergnügen akzeptire. Sicher ist, daß wenn sie Gesetz wird, die Zahl der Wähler sich um Hunderttausende, und zwar meist Arbeiter, vermehren, und die Möglichkeit der Feststellung unabhängiger Arbeiterkandidaten sich bedeutend steigern würde.

**Die Haftpflicht-Reformvorlage** des Herrn Asquith beseitigt die Vorschriften des betreffenden Gesetzes, wonach der Arbeiter den Anspruch auf Entschädigung von seinen des Unternehmers verliert, wenn der Unfall durch die Schuld eines andern Arbeiters herbeigeführt war (die sogenannte Doktrin des „common employment“); sie verbietet das heute noch gestattete Abschließen von Kontrakten, wonach Arbeiter ihre Beschäftigung von den Verpflichtungen des Gesetzes ihnen gegenüber entheben und diese Verpflichtungen auf andere — Versicherungsgesellschaften — übertragen können, was sich in der Praxis oft genug in ein Müßiggang überfetzt; sie hebt die Bestimmungen des Gesetzes auf Serente aus; sie hebt die Fristbestimmung für Entschädigungsforderungen auf, und sie beseitigt schließlich die bisherige Maximalgrenze der Entschädigungsaufprüche.

In allen diesen Punkten entspricht die Vorlage den auf den verschiedenen Gewerkschaftskongressen erhobenen Forderungen der Haftpflichtreform. Eine vom Arbeiterstandpunkt sehr bedeutende Bestimmung enthält sie in einem Passus, wo es heißt, daß der Unternehmer der Haftpflicht entbunden ist, wenn der Arbeiter um die drohende Gefahr gewußt habe, ohne sie diesem oder dem von ihm beauftragten Vorgesetzten des Arbeiters zu melden. In wie vielen Fällen würde eine solche Meldung, die sich ja doch auf Wahrscheinlichkeiten gründen müßte, den Verlust der Beschäftigung bedeuten, und wie viel Anlaß zu veratorischen Einwendungen und radikalschen Auslegungen ist mit solchen Bestimmungen nicht gegeben. Bei der heute (Donnerstag) stattfindenden zweiten Lesung des Entwurfs wird sich daher Michael Davitt, der, wie die Arbeiterabgeordneten, im ganzen dem Entwurf zustimmt, sehr energisch gegen jenen Passus wenden. Desgleichen gegen die Bestimmung, daß schon bei Entschädigungszusprüchen von 100 Pfd. Sterling Verurteilung zulässig sein soll. Davitt ist sicherlich Experte in dieser Frage, da ihm, als er, noch ein halber Knabe, in einer Fabrik in Lancashire arbeitete, ein Arm von einer Maschine zermalmt wurde.

Der „radikale“ Herr Chamberlain hat, unterstützt von einem Konservativen, eine Gegenresolution gegen die Asquith'sche Vorlage eingebracht, welche auf eine allgemeine Unfallversicherung nach deutschem Muster abzielt. Herr Asquith meinte dagegen, die in Deutschland gemachten Erfahrungen ermunterten gerade nicht zur Nachahmung, und warf Herrn Chamberlain vor, warum er denn mit seinen radikalen Einwänden nicht gekommen sei, als vor einigen Jahren die konservative Regierung einen den Arbeitern viel ungünstigeren Entwurf einbrachte. Die Unfallversicherung würde bei den einzelnen Unternehmern das Interesse an der Unfallverthung erheblich schwächen.

Gegen den letzteren Einwand läßt sich nicht mit Unrecht geltend machen, daß es Mittel und Wege genug gäbe, auch bei der Versicherung dieses Interesse lebendig zu erhalten, resp. zu schärfen, und daß das beste Haftpflichtgesetz dem Arbeiter nichts nützt, dessen Prinzipal durch die etwaige Katastrophe zahlungsunfähig wird. Sicher aber ist, daß ein gutes, d. h. ein strenges Haftpflichtgesetz eine bessere Vorstufe für ein gutes Unfallverthungsgesetz ist, als ein schlappes, und auf seine der Arbeiter-Abgeordneten ist man daher von der Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Chamberlain ebenso wenig enttäuscht, wie die Irländer von der merkwürdigen Home-rule-Eigenschaft desselben Herrn, die ihn jeden thatsächlichen Home-rule-Vorschlag bitter belächeln läßt.

**Der Streik oder Ausschluss in Lancashire** scheint mit einer Niederlage der Arbeiter enden zu wollen. Nachdem die Noth unter der Mehrheit von ihnen — die vorzüglich organisirten eigentlichen Spinner bilden nur eine Minderheit — einen geradezu unbefriedigenden Höhegrad erreicht, hat ihr Komitee jetzt dem Unternehmerrath angeboten, mit einer zweieinhalbprozentigen Lohnreduktion, die auf drei Monate gelten soll, wieder in Arbeit zu treten. Gegen die Unternehmung darauf ein, was aber noch eine Frage ist, so haben die Arbeiter durch über drei Monate Hunger nur eine Art Galgenfrist erkaunt, nach deren Ablauf sie wahrscheinlich, und unter durchaus nicht günstigeren Umständen, vor die gleiche Frage gestellt sein werden. Inzwischen haben sie allerdings die Bitte der Regierung zur Einführung des Achtstundentages in der Baumwollenspinnerei angekauert. Aber die Annahme ihres Antrages ist noch zweifelhaft, und zweifelhaft ist auch, ob sie die von ihnen erwartete Wirkung haben würde. Auf die Dauer ist auch der Achtstundentag keine Kur gegen die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsanarchie. (Die Arbeiter haben nachgelesen und sich mit einer vagen Versprechung für die Zukunft begnügen müssen. Red. d. B.)



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

**Dienstag, den 28. Februar.**  
Opernhaus. Die Oze.  
Schauspielhaus. Basantafena.  
Festung-Theater. Eine Palast-Revolution.  
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.  
Berliner Theater. Othello.  
Kesslers - Theater. Gläubiger.  
Familie Pont-Biquet.  
Wallner-Theater. Der Proberseil.  
Kroll's Theater. Der wilde Jäger.  
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
Neues Theater. Laska.  
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Don César.  
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.  
Thomas - Theater. Gulenspiegel, oder: Schabernack über Schabernack.  
National-Theater. Das Käthchen von Heilbronn.  
Alexanderplatz-Theater. Komtesse Julie.  
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.  
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst - Theater.**  
Zum 66. Male:  
**Modernes Babylon.**  
Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets teilweise von G. Görs. Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
Novität! Novität!  
**Der Dussel**  
(Nulpus)  
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.  
(Klemm, Ede., Martin Bendix.)  
**Alfred Bender**  
in seinem neuesten Originalvortrag  
**Der Volksmund in Berlin.**  
Blank, der beste Bauchredner.  
Anhaltender Erfolg.  
**Die Trockenwohner.**

**Passage-Panopticum.**  
**Neu!**  
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

**Castan's Panoptikum.**  
**Letzte Woche!**  
Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:  
**Lili,**  
leibend. Elefant d. Welt,  
Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater.  
Grosses Konzert.  
Sämtlich ohne Extra-Entree.

**Kaufmann's Variété**  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Große  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Mr. Hendrik, Hugoston, Massias, Clark, Valois, Vanoni, Horley's, Laurence, Türk, Miss Victoria.  
**Großartiger Erfolg.**  
Das Theater ist gut geheizt.  
Anfang Wechentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Mittwoch, den 1. März:  
Vollständig neues Programm.

**Circus Renz.**  
(Karlstraße.)  
Dienstag, den 28. Februar 1893:  
Abends 7 1/4 Uhr:  
Auf allgemeines Verlangen  
5. Wiederholung  
der Gala-Fest-Vorstellung  
vom 27. Januar.  
**Gr. Fest-Aufzug**  
1. Festreigen der Edelmannen u. Ritter.  
2. Militärisches Divertissement (Gegenwart). Zum Schluss:  
**Ein Künstlerfest.**  
Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister Siems. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Neue Einlage mit überauschöndem Licht- und Wassereffekten. Ballet v. 100 Damen. Grosser Blumen-Corso. Brillant-Feuerwerk.  
Außerdem: **Mr. James Pills** mit dem Schulpferde **Germania** etc.  
Morgen, Mittwoch, Abends 7 1/4 Uhr:  
Ein Künstlerfest.  
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentank“, Marktgrafenstraße 51a.  
**Fr. Renz, Direktor.**

**Feen-Palast**  
Jeden Tag:  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**

**Gratweil's Bierhallen**  
Kommandantenstraße 77-79.  
Täglich:  
**Germania-Konzert- u. Koupel-Sänger**  
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
Zwei Säle  
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regeltischen.  
**F. Sadtke.**

**Etablissement Buggenhagen.**  
Morch-Platz.  
Täglich: Instrumental-Konzert.  
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.  
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
Entree Wochenent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

**Beachtenswerth!**  
Vom 1. März ab (1893)  
**Bodder- u. Schultheiß' Anstalt,**  
gutes Weibier u. Frühstückstisch ganz vorzüglich, wozu Freunde u. Bekannte einladet: Vertreter  
**Hermann Krüger,**  
W., Balowstr. 70,  
früher Nigisch.

**Charlottenburg.**  
Empfehle mein **Weiß- u. Sairisch-Pierokal,** sowie Mittag- u. Abendstisch. Auch ist das Vereinszimmer noch einige Abende frei. Jeden Sonntag: Unterhaltungs-Musik. Achtungsvoll  
**A. Sasse, Pestalozzistr. 83.**

**Damen-Masken-Garderobe**  
von **M. Roussel,**  
**Skalitzerstr. 43.**  
Homöopathische Klinik, Brunnenstr. 40. Spr. 11-12, 4-5. Sonnt. 9-10  
**Arbeitsmarkt.**  
Belegerin sucht Effer, Stallschreiberstraße 9. 1571b  
Suche für meinen Sohn einen Meister, um Barbier, Friseur und Heilgehilfe zu werden. 1570b  
**R. Vogel, Annenstr. 10.**  
Zehrling auf elektromedizin. Instr. und Apparate gesucht. **B. Krause,** Dieffenbachstr. 29. 1580b

**Licht-Glascleifer,** sowie Glasvergoldet finden dauernde, lohn. Besch. bei **Marien & Co.,** Hamburg, 1582b  
Glasstättenstr. 37a.  
**Ein bewährter Grundmeister** auf bessere Leisten gesucht. Anmeldungen mit Zeugnissen unter **H. P. 25** an die Expedition dieser Zeitung. 8796L  
**Schirmnäherinnen**  
auf garnierte Genres und bessere Entoucas finden dauernde Beschäftigung bei guten Preisen.  
1576b **Leo Wolff,**  
Zuh.: D. Bergmann, Wallstr. 7.

Unserm Genossen, dem Wertmeister **Heinrich Wagner**  
zu seinem 37. Geburtstag ein donnerndes Hoch und die besten Glückwünsche.  
**A. K. H. H. O. Sch. E. S. H. Sch.**  
Coply a. G. 1567b

Unserm Freund 1565b  
**Th. Hanneman**  
zu seinem heutigen Geburtstag ein dreifaches Hoch, daß die ganze Flora wadelt.  
**Die rothen Neger der Flora.**  
Theodor, werde man sich unwohl.

**Tapezierer!**  
Am Mittwoch, den 1. März, bei **Goltz** (früher **Feuerstein**), **Alte Jakobstraße 75** (großer Saal):  
**Grosse öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Berliner Tapezierer-Gehilfen zu dem neuernannten Gehilfen-Ausschuss der Innung? 2. Die weitere Thätigkeit der Werkstätten-Kontroll-Kommission in Betreff der Lohn- und Werkstoff-Angelegenheiten. 3. Die Arbeitsnachweise u. die Regelung derselben. 311/12  
Die Herren Innungsmeister und deren nante Gehilfen-Ausschuss sind besonders eingeladen.  
Die Kollegen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.  
Die Werkstätten-Kontrollkommission.

**Musiker!**  
Die öffentliche Versammlung vom 22. d. M. findet heute, **Vormittags 9 1/2 Uhr,** bei **Höllig,** Neue Friedrichstrasse 44, bestimmt statt, und bittet um zahlreiches Erscheinen.  
867/17 **Das Agitationskomitee.**

**Rohrtabak.**  
**Grösste Auswahl!**  
am hiesigen Plage  
**Billigste Preise!!**  
bequemste Bedingungen  
jetzt:  
**Oranienburgerstr. 2**  
dicht am Gadeschen Markt  
**A. Goldschmidt**  
**Oranienburgerstr.**  
**Nr. 2** 8728L\*  
dicht am Gadeschen Markt.

Emballage- u. portofrei pr. Nachnahme (auch ohne vorh. Angabe)  
**Butter Honig**  
naturrein  
9 Pfd. netto  
Hoftafelbutter, tägl. frisch, la M. 7.50, ff. M. 8.-  
Bienen-Blumenhonig, hell, la M. 5.-, ff. M. 5.50  
4 1/2 Pfd. Butter u. 4 1/2 Pfd. Honig ff. M. 6.50  
Eior, garant. frische, pr. 60 Stück M. 4.00  
jung u. fett als:  
**Mastgeflügel**  
9 1/2 Pfd. netto,  
Bratgänse, Enten, Poularden, Puten oder Suppenhühner, frisch geschlachtet und sauber gerupft, je M. 5.70. Gänseleber M. 8.00. Gänsefett M. 10.00.  
schneeweiß, daunenreich, stiel u. haubfrei pr. Pfd. netto: Ungerriffene M. 1.20-1.50, geriffene M. 2.10-2.60. Gänselebern M. 4.00 bis 4.40.

**B. MARGULES,**  
**Buczacz** (Oesterreich).  
**Sophastoff-Reste**  
in **Rips, Damast, Crêpe, Fantase, Gobelin, Plüsch** und bunten **Morquets** **spottbillig!**  
Proben **franko!** 8557L  
**Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstraße 158.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 8528L  
**Robert Meyer,**  
Nr. 2 Mariannenstraße Nr. 2.  
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.  
**Jede Uhr** unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**  
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.  
**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
**C. Wunsch,** Raunynstr. 38, n. d. Oranienplatz

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Mittwoch, den 1. März 1893, Abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn **Möhring** (Märkischer Hof), Admiralsstr. 18c:  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Th. Schwartz** (Südb.). 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Neue Mitglieder werden in der Versammlung sowie auf den Zahlstellen aufgenommen. In der Versammlung sowie auf den Zahlstellen gelangt die Broschüre: „Die wirtschaftliche Umwälzung und die Entwicklung der Sozialdemokratie“ bei Vorgeigung des Mitgliedsbuches zur Verteilung.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei folgenden Genossen:  
**W. Gründel,** Dresdenerstraße 116; **W. Börner,** Ritterstraße 108; **A. Schweizer,** Dresdenerstraße 53/54 (City-Passage); **G. Schulz,** Admiralsstraße 40a; **A. Kehr,** Köpnickstr. 126; **Schönicks,** Wasserthorstr. 20. 874/8  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Donnerstag, den 2. März 1893, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
im Lokale des Herrn **Philipp,** Rosenthalerstraße 38.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Vökel.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
NB. Bei der am Stiftungsfest stattgefundenen Verloofung ist noch ein Gewinn auf Nr. 212 abgehoben; auch ist beim Fest ein Tuch jedenfalls irrtümlich mitgenommen. Es wird gebeten, dasselbe bei **Rob. Drescher,** Diniensstraße 50, abzugeben. 878/7  
**Der Vorstand.**

**Große öffentliche Versammlung der Bäcker und Konditoren**  
am Dienstag, den 28. Februar, Nachm. 3 Uhr,  
in der Brauerei „**Friedrichshain**“, am Königsthor.  
Tagesordnung:  
1. Die Beschlüsse der Kommission für Arbeiter-Statistik. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Molkendauer.** 2. Was haben wir jetzt zu thun? Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
128/7 **Die Agitations-Kommission.**

**Arbeiter-Bildungs-Schule.**  
**Lehrplan für das Winterhalbjahr.**  
(1. Quartal 1893.)  
Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr früh.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Hagelsbergerstr. 43.
Montag	—	Physiologie.
do.	*Deutsch (ob.).	Deutsch (mittl.).
Dienstag	Geschichte (neue).	—
do.	Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.	Geschichte (alte).
Mittwoch	Deutsch (unt.).	—
do.	*Mathematik und mathematische Geographie.	Deutsch (ob.).
Donnerstag	Chemie.	Buchführung (doppelte) und oberes Rechnen.
Freitag	Rechnen.	—
do.	*Physiologie.	Nationalökonomie.
Sonntag	Buchführ. u. ob. Rechnen.	—
	<b>Ostschule.</b> Markusstr. 31.	<b>Südost-Schule.</b> Reichenbergerstr. 133.
Montag	Deutsch (ob.) Logik.	Buchführ. u. ob. Rechnen.
Dienstag	Deutsch (unt.).	Deutsch (mittl.).
Mittwoch	—	Deutsch (ob.) Logik.
do.	—	*Rechnen (unt.).
Donnerstag	Physiologie.	Geschichte (mittl.).
do.	—	Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.
Freitag	Geschichte (neue).	—
do.	—	*Mathematik und mathematische Geographie.
Sonntag	Rechnen (unt.).	Physiologie.
Sonntag	Buchführ. u. ob. Rechnen.	—

Die mit \* bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-Räume erteilt.  
**Für alle vier Schulen: an jedem Sonntag Vormittags 10-12 Uhr: National-Ökonomie** in Schöning's Restaurant, Stallschreiberstraße 29.  
**Unterricht für Nachtarbeiter: Nachmittags von 2 1/2 bis 4 1/2 Uhr Ostschule.**  
Markusstr. 31.  
Sonntag . . . . . Buchführung und Rechnen.  
Für sämtliche Lehrfächer werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen.  
Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbe wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Unterricht ihre Zahlkarten einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit \* bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur **Vrania à 25 Pf.** (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorgeigung des Mitgliedsbuches zu haben.  
Die Zahlstellen sind folgende:

- S.**  
Südschule, Hagelsbergerstr. 43.  
Börner, Ritterstr. 108.  
Gründel, Dresdenerstr. 116.  
Klein, Schönleinstr. 8.  
Ehrenberg, Annenstr. 14.
  - SO.**  
Südschule, Reichenbergerstr. 133.  
Kehr, Köpnickstr. 126.  
\*Schulz, Admiralsstr. 40a.  
Ulrich, Brangelstr. 84.  
Zubell, Raunynstr. 86.  
Schayer, Reichenbergerstr. 54.  
Pafförke, Brangelstr. 16.
  - SW.**  
Grabe, Mariendorferstr. 10.  
Windhorst, Junkerstr. 1.  
Goepel, Raubachstr. 1.  
\*Antrick, Steinmeierstr. 60.
  - O.**  
Ostschule, Markusstr. 31.  
A. Böhl, Müdersdorferstr. 8.  
402/3\*
- E. Böhl,** Frankfurter Allee 74.  
**Radke,** Krautstr. 48.  
**Loek,** Friedrichsbergerstr. 11.  
**Ungering,** Breslauerstr. 27.
  - C.**  
**Löwenberg,** Alte Schönhauserstr. 18.  
**Wernau,** Rosenstr. 80.
  - N.**  
Nordschule, Müllerstr. 179a.  
\*Gleinert, Müllerstr. 174.  
**Gnaat,** Swinemünderstr. 120.  
**Kleinau,** Gartenstr. 171.  
**Lehmann,** Brunnenstr. 83.  
**Schmidt,** Dresdenerstr. 24.  
**Raabe,** Ruppinerstr. 42.  
**Meinhart,** Pappel-Allee 3/4.
  - NO.**  
\*Gumpel, Barnimstr. 42.  
**Drescher,** Diniensstr. 50.
  - NW.**  
**Vogtherr,** Stephanstr. 27a.  
**Voss,** Lübeckerstr. 8.  
**Der Vorstand.**



## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 27. Februar 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Bötticher, Hanauer.  
Abg. Wöhrer (6. Köln) ist plötzlich verstorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Gegen den Abg. Metzger (Hamburg) soll wegen Verleumdung des Hamburgischen Senats strafrechtlich vorgegangen werden. Das Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers, in welchem die Ermächtigung zu dieser Verfolgung beim Reichstage nachgesucht wird, geht an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Die Beratung des Berichtes der Reichsschulden-Kommission wird ohne Debatte erledigt und der Reichsschulden-Verwaltung Decharge erteilt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung. Nach der Vorlage soll das Meter nicht mehr als die Grundlage des Gewichts angesehen werden, für diese wird vielmehr das Kilogramm erklärt. Dieses wird dargestellt durch die Masse desjenigen Gewichtes, welches durch die internationale General-Konferenz für Maß und Gewicht als internationales Prototyp des Kilogramm anerkannt wurde und bei dem internationalen Maß- und Gewichtsbureau niedergelegt ist.

Abg. Brömel (Dfr.) hält dafür, daß bei dieser Gelegenheit auch noch einige andre die Maß- und Gewichtsordnung betreffende Fragen behandelt werden müssen und beantragt, die zweite Lesung, welche ebenfalls auf der Tagesordnung steht, für heute abzusagen.

Das Haus beschließt demgemäß.  
Es folgt der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abg. Althardt (Arnswalde-Friedeberg). Die Kommission beantragt die Wahl für gültig zu erklären. Der Bericht ist vom Abg. Herms (Jauer) verfaßt, der aber bei der Abstimmung zur Minorität gehörte. Der Bericht wird auf Antrag des Berichterstatters vor dem Plenum durch den Abg. v. Holkenk vertreten.

Abg. Kündke (Dfr.) beschwert sich über die bei dieser Wahl vorgekommenen ungemein zahlreichen Verhöße und Unregelmäßigkeiten, für welche er aus persönlicher Erfahrung Zeugnis oblegen könne, und beantragt, den Reichskanzler unter Mittheilung des Berichtes der Wahlprüfungs-Kommission zu ersuchen, eine Untersuchung in einer Reihe der in dem Bericht erwähnten Fälle eintreten zu lassen.

Abg. Nicker: Der Wahlkommissar Landrath von Bornstedt hat bekanntlich den Aufruf, für Althardt in der Stichwahl zu stimmen, mituntergeschrieben. Die Sache ist auch im Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommen. Wegen ein solches Verfahren muß auch dann protestirt werden, wenn es sich etwa um einen Freisinnigen handelte. Zweifelloß wird die Majorität die Gültigkeit der Wahl aussprechen, aber auch dann würde es angezeigt sein, allem guten Brauche des Hauses gemäß, die geringsten Vorfälle dem Reichskanzler zur Untersuchung zur Kenntniß zu bringen.

Die Wahl wird für gültig erklärt, der Antrag Kündke nach Probe und Gegenprobe angenommen.

Darauf wird die Staatsberatung fortgesetzt beim Spezialrat der Reichs-Justizverwaltung. Das Reichs-Justizamt erfordert an Besoldungen 528 630 M.

Abg. v. Bar (Dfr.): Ein neuerdings vorgeschommener Fall, in welchem ein Staatsanwalt einen Landgerichts-Direktor infolge eines Wortstreits in öffentlicher Verhandlung später zum Zweikampfe herausforderte (Hört, hört! links) muß hier zur Sprache gebracht werden. Der Landgerichts-Direktor rief das Ehrengericht an, dessen Entscheidung eben zur Herausforderung führte. Der Staatsanwalt war Reserve-Offizier. Solchen Vorkommnissen muß eventuell durch Abänderung der gesetzlichen Vorschriften vorgebeugt werden. Es darf nicht sein, daß sich eine Zivilperson plötzlich in eine Militärperson verwandelt und den bürgerlichen Gesetzen unerrückbar wird. Das Uebertragen der militärischen Einrichtungen auf das bürgerliche Leben kann von niemand für richtig gehalten werden. Redner fragt ferner, was auf den Beschluß des Reichstages vom vorigen Jahre in betreff der Feststellung allgemeiner Grundzüge über die Bekleidung, Verpflegung und sonstige Behandlung Gefangener bis jetzt geschehen sei. Der Reichstag beschäftigte sich jetzt mit Gesetzen, welche die Sittlichkeit fördern sollen und auch mit der Verschärfung gewisser Strafen, während ein Gesetz über den Strafvolzug noch immer ausstehe, und die Strafvollstreckung in den verschiedenen Einzelstaaten noch immer durchaus verschieden sei, namentlich soweit sie die jugendlichen Strafgefangenen betreffe. Es müsse gefordert werden, daß die verbündeten Regierungen thätlich bald einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die Behandlung von Strafgefangenen betreffe, die wegen nicht ehrenrühriger Straftaten verurtheilt worden sind, und wenigstens einige Grundzüge über die Strafvollstreckung festlege.

Staatssekretär des Reichs-Justizamtes Hanauer: Der in Knüpfung an einen bestimmten Fall aufgeworfenen ersten Frage des Abg. von Bar ist der Reichskanzler bereits näher getreten. Was das Strafvollzugsgesetz betrifft, so halten die verbündeten Regierungen die Sache im Auge, ich verweise aber von neuem auf die großen Schwierigkeiten, welche sich der Regelung dieser weitreichenden Frage entgegenstellen.

Abg. v. Münch (Demokrat): Nicht nur für die jugendlichen Verbrecher, sondern auch für die Erwachsenen ist der Erlass eines vernünftigen Strafvollzugsgesetzes sehr dringend notwendig. Ebenso nothwendig aber ist auch die Abänderung mancher nur zu vager Bestimmungen der Rechtsanwalts-Ordnung, welche die Rechtsanwälte nur darin bestärken müssen, diejenige Seite ihrer Thätigkeit, welche auf Geldverdiensten gerichtet ist, allzu sehr in den Vordergrund treten zu lassen. Zu Klagen Veranlassung giebt auch der jetzt bei vielen Gerichten in der Rechtsprechung hervortretende subjektive Zug, gegen den schon der preussische Justizminister einen allgemeinen Erlass hat richten müssen. Nicht bloß in Preußen und auch nicht in Preußen vordemlich ist dieser Vorwurf berechtigt. Diese subjektive Auffassung, ein Verstoß gegen die richterlichen Amtspflichten, hat sich auch beim Landgericht in Stuttgart sehr bemerkbar gemacht. Die Erfahrungen, die ich in eigener Sache vor diesem Gericht gemacht habe, lassen zu der Vermuthung kommen, daß in der württembergischen Rechtspflege Zustände herrschen, welche selbst das Ministerium sich scheut an das volle Tageslicht zu ziehen. Der Fehler liegt aber in der Konstruktions der Justizgesetze, die es mir unmöglich gemacht hat, zu meinem Rechte zu gelangen. Ich bin als der Geschlagene aus diesem Kampfe hervorgegangen und werde es noch lange sein. Aber seit Jahren, so lange ich selbstständig thätig bin, währt mein Kampf gegen das, was ich als ungerecht in der württembergischen Rechtspflege erkannt habe; freiwillig gebe ich auch nicht den Lüzeln auf dem i meines Rechtes preis. Wenn ich die Wahl hätte, etwas von meinem Recht aufzugeben oder langjähriges Gefängniß auf mich zu nehmen, so würde ich eben so wenig zweifelhaft sein, als wenn ich aus einem Glase Bier trinken sollte, in welches ein anderer gespuckt hat. (Weiterkeit. Vizepräsident Graf Ballorem ersucht den Redner, zur Sache zu sprechen.) Redner empfiehlt seine Anregungen den

gesetzgebenden Faktoren; alle, die an dem bestehenden Staat Interesse haben, würden gut thun, seine heutigen Erinnerungen gegen die Gesetzgebung und Rechtspflege nicht unberücksichtigt zu lassen. Wenn seine Stimme hier im Reichstage ungehört verhallt, so möge sie wenigstens die Regierung und die Presse hören.

Württembergischer Bevollmächtigter Direktor von Stieglitz: Der Abgeordnete von Münch ist von den württembergischen Gerichten rechtskräftig zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Gleichwohl will er vor diesem hohen Hause Recht behalten. Es ist schon eigentümlich, wenn jemand seine Privatfreiheiten vor den Reichstag bringt. Auf's entschiedenste muß ich dagegen protestiren, daß die württembergische Justizpflege auf diese Weise der Subjektivität und Parteilichkeit beschuldigt wird. Nach einer längeren Darlegung der Einzelheiten des Strafverfahrens gegen den Abg. von Münch kommt der Redner zu dem Schluß, daß die Verurtheilung durchaus zu Recht erfolgt ist.

Abg. Münch (Dfr.): Der Württembergische Bevollmächtigte hat wiederholt von dem Abg. Münch gesprochen. Ich betone, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, daß es ihm nicht um mich, sondern um den Freiherrn v. Münch handelt. (Weiterkeit.)

Abg. Payer (Sp.): Unter allen lebenden Personen ist Herr v. Münch der letzte, der sich über nicht genügende Öffentlichkeit der württembergischen Justizpflege beklagen darf. Seine Sache ist öffentlich genug verhandelt worden. Daß er es für geschmackvoll hält, diese seine Sache hier vor dem Reichstage, der dazu garnicht kompetent ist, zu erörtern, ist für uns ein Novum, den schwer angegriffenen Kollegen, den er mit seinen Ausführungen über die Rechtsanwaltsordnung hat treffen wollen, muß ich hier in Schutz nehmen. Herr v. Münch will sein Mißgehen an ihm lählen, weil er in einem früheren Fall Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit ausgesprochen haben soll. Wenn das der Fall ist, so soll man sich eben in öffentlicher Stellung durchaus halten, solchen Zweifeln auch nur im Entferntesten den Schein der Veranlassung zu geben. (Weiterkeit.) Hätte er nicht gegen diese Weltregel geschickt, dann wäre es nicht dahin gekommen.

Abg. Schrader (Dfr.): An diesem Zwischenfall von Münch hat der Reichstag nun wohl genug. Ich komme auf den Fall zurück, welchen Herr von Bar erwähnt hat. Es liegt die dringendste Veranlassung vor, daß der Staatssekretär des Reichsjustizamtes dafür Sorge trifft, daß die Gespögenheiten der Militärs in Sachen der Ehrengerichte nicht in die bürgerliche Sphäre der Gerichte übergreift, daß nicht ein Staatsanwalt einen Landgerichtsdirektor zwingen kann, ein Verbrechen zu begehen. Das Duell ist verboten, und der Landgerichtsdirektor begeht ein Verbrechen, wenn er der Herausforderung des Staatsanwalts entspricht. Hält der Chef des Justizamtes die Fortdauer eines solchen Zustandes für zulässig? Auch die Frage des Vollzuges der Gefängnisstrafen scheint an entscheidender Stelle nicht für so dringlich gehalten zu werden, wie von uns. Der Staatssekretär verweist auf die großen Schwierigkeiten, welche der Regelung entgegenstehen. Ich sehe solche Schwierigkeiten nicht, es liegt also lediglich am guten Willen. Die einzige Schwierigkeit ist der Kostenpunkt, und dieser darf bei einer Angelegenheit von solcher Wichtigkeit und Dringlichkeit nicht ausschlaggebend sein. So lange nicht ein gutes Strafvollzugsgesetz besteht, hilft es nichts, Gesetze zur Besserung der jugendlichen Verbrecher zu machen. Etwas mehr Eifer für diese gesetzgeberische Materie müssen wir also dem Bundesrath empfehlen.

Abg. Kunert (Soj.): Das Duell ist ein Verbrechen und muß als solches bestraft werden. Ich befürchte aber, daß etwas Durchgreifendes nicht geschehen wird, so lange das Duell von allerhöchster Stelle geduldet wird. Ich wünsche eine Abhilfe noch auf einem andern Gebiete. Ich wünsche eine strengere Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften und ein Einschreiten gegen die Uebergriffe polizeilicher, staatsanwaltschaftlicher und gerichtlicher Beamten. Ich habe hier besonders einen Fall staatsanwaltschaftlicher und amtsgewaltthätiger Willkür im Auge. Im April 1890 sah ich ein in Halle wohnender Schriftsteller Reich veranlaßt, zu beantragen, seinen Namen in Elm umzuwandeln. Sein Besuch wurde genehmigt, und sein Name in sämtlichen Dokumenten entsprechend geändert. Im Juli desselben Jahres erhielt er eine gerichtliche Vorladung vor das Amtsgericht unter dem alten Namen. Er wies diese Vorladung zurück und verzeigte. Darauf wurde er auf dem üblichen Wege aufgefordert, seinen Aufenthaltsort anzugeben, widrigenfalls er hiebroßlich verfolgt werden würde. Er verbat sich eine derartige Drohung. In dieser Weise ging die Sache weiter. Im nächsten Jahre wurde er verhaftet, aber schon nach 24 Stunden entlassen, weil es sich um eine Bagatelie handelte. So war er ein ganzes Jahr hindurch chikanirt worden. Von allgemeiner Bedeutung ist die Frage der Immunität. Ich selber muß mich über eine Verletzung des Art. 31 der Verfassung beschweren. Nicht weniger als in 6 Fällen sind im Laufe einer Sitzungsperiode des Reichstages Hausdurchsuchungen bei mir vorgenommen worden. Was nähte es mir, daß ich mich auf meine Immunität als Abgeordneter berief, der Beamte berief sich auf seinen Befehl. Meine Beschwerde wurde einfach zurückgewiesen. Noch schlimmer ist ein anderer Fall. Eines schönen Tages erschien ein Kommissar des Polizeipräsidenten von Breslau bei mir auf der Redaktion der „Volksrecht“ und fragte nach, ob ich nicht geneigt wäre, dem Präsidenten den Namen des Verfassers eines Artikels zu nennen. Ich konnte den Mann die Treppe hinabwerfen, aber ich gab eine ausweichende Antwort, um womöglich noch mehr von ihm zu erfahren. Nun verfuhr der Mann unter ligurischen Vorwänden meine Frau zur Angabe des Namens zu veranlassen. Die durchschaute ihn und warf ihn hinaus. Nun erschien der Mann zum dritten Mal bei mir und meinte, wenn ich irgend welche Unannehmlichkeiten bei Nennung des Namens hätte, so wäre schon Rath, es fehle ja nicht an Geld. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war eine Anreizung zum Verrath. Der Präsident wollte mich veranlassen, einen Schurkenstreich zu begehen. Wie man ein solches Verfahren nennt, will ich nicht aussprechen; ich überlasse Ihnen die Kritik. Ein solches gemeines Ansinnen verdient eine scharfe Antwort, allein ich war gezwungen, jedes Wort auf die Goldwaage zu legen, und so antwortete ich dem Polizeipräsidenten auf dessen schriftliche Anfrage in einfach ablehnendem Sinne. Die Sache war aber noch nicht zu Ende. Am 31. März 1892 wurde ich durch den betreffenden Polizeikommissar verhaftet, auf der Straße, unmittelbar nach Schluß des Reichstages, und zwar in einer so brutalen und nichtswürdigen Weise, daß, wenn Sie es angesehen hätten, Sie es gewiß aufs schärfste verurtheilt hätten. Weil es sich um diese Person handelte, bin ich berechtigt zu sagen, daß diese Verhaftung ein nichtswürdiges Nachhaken war. Was würden Sie sagen, wenn Ihnen so etwas passierte? Wir sind freilich daran gewöhnt. Ich würde mich garnicht wundern, wenn in einem solchen Falle jemand Gewalt gegen Gewalt setze. Würde jemand einen Beamten, der in solcher Weise seine Wohnung immer wieder durchschnüffelte, niederschicken, ich würde ihn als Geführorener freisprechen. Wiederholt erhielt ich Vorladungen zu einem Termine unter Androhung der Verhaftung. Mein Hinweis auf meine Abgeordnetenqualitität half mir nichts. 1892 wurde ich von Köpenick aufgefordert, eine Strafbuß anzutreten, widrigenfalls ein Steckbrief gegen mich er-

lassen werden würde. Woju dies? Ich halte dieses ganze Verfahren für ungeschicklich. Solche Fälle sind auch Grissenberger, Schippel, Stadthagen, Wurm u. a. passiert. So lange Sie solche Mißstände nicht abstellen, arbeiten Sie für uns, die siegreiche Sozialdemokratie. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Levetzow erklärt es für unzulässig zu sagen, daß Landesbehörden aus Nichtswürdigkeit handeln oder eines Nachhaken begehen.

Abg. Kunert: Ich habe garnicht von Behörden gesprochen, sondern von einer einzelnen Person, dem Kommissar und Spizel Matschliewich.

Präsident v. Levetzow: Dann nehme ich meine Rüge in diesem Umfang zurück. Ich muß sie aber aufrecht erhalten, auch in bezug auf diese eine Person, welche außerhalb des Hauses ist und sich nicht verteidigen kann.

Abg. Gröber (Z.): Die Ausführungen der Abgg. v. Münch und Kunert waren ein Mißbrauch des Mandats und der Redefreiheit. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr von Münch findet in ganz Württemberg keinen vernünftigen Menschen, der ihm beistimmt. (Weiterkeit.) Herr Kunert hat Dinge vorgebracht, welche mit der Immunität meist nicht mehr im Zusammenhang stehen. Wenn er gegen Vollstreckungsbeamte, die bei ihm eine Hausdurchsuchung vornehmen, event. Gewalt anwenden will, so überläßt er ganz, daß die für die Auftragsgeber des Beamten verantwortlich ist. Was geht uns übrigens die Ausübung der Polizei in Breslau hier im Reichstage an? Auch ich muß bedauern, daß mit der Frage des Strafvollzuges so arg zögerlich vorgegangen wird. In der lex Heinze hat ja der Bundesrath einen Theil der Strafvollzugsvorschriften herausgegriffen; es muß also doch wohl auch mit dem ganzen gehen. In der Kommission für die lex Heinze werden wir hoffentlich in dieser Frage ein Stück weiter kommen.

Staatssekretär Hanauer: Ich bin mit dem Vorredner in dem letzteren Punkte nicht gleicher Meinung. Das Strafvollzugsgesetz stellt ein bestimmtes Strafsystem auf. Der vorgeschlagene § 16a könnte in keiner Weise durch eine Bestimmung in einem Strafvollzugsgesetz ersetzt werden. Das könnte erst geschehen, wenn das im Strafvollzugsgesetz vorgeschriebene Strafsystem geändert würde. Auch in einem Strafvollzugsgesetz werden sich nur ganz allgemeine Vorschriften und Grundzüge geben lassen. Das Einzelne muß notwendiger Weise den Gefängnisordnungen, den administrativen Bestimmungen überlassen bleiben.

Abg. v. Bar: Der Strafvollzug wird als eine dringliche Angelegenheit schon seit der Beratung des Strafvollzugsgesetzes, also seit mehr als 20 Jahren, angesehen. In der vorigen Session haben wir Freisinnigen einen Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes in der Richtung eingebracht, daß den vielfachen Beschwerden abgeholfen würde, die über die Strafvollstreckung zur öffentlichen Kenntniß gelangt waren, und dieser Entwurf änderte an dem Strafvollzugsgesetz nicht das Mindeste. Die Möglichkeit, solche Grundzüge aufzustellen, ist also durchaus vorhanden. Sehr mit Recht verweist Herr Gröber darauf, daß die verbündeten Regierungen ja selbst die Frage theilweise in der lex Heinze zu lösen unternommen haben. Da wir keine Aussicht haben, daß die Militär-Strafprozess-Ordnung und bald vorgelegt werde, so muß in der Duellfrage anderweitig Abhilfe geschaffen werden.

Abg. v. Münch hält es für nöthiger, das Strafvollzugsgesetz als den Strafvollzug zu ändern, wenn man den Verurtheilten, deren Delikte nicht aus unehrenhafter Gesinnung entsprungen sind, zu Hilfe kommen wolle. Herr Gröber weist mir Mißbrauch des Mandats vor. Wie steht es dann in dieser Beziehung mit den Reden des Abg. Sachem über den Zukunftsstaat? Herr Payer sei am wenigsten berechtigt gewesen, ihn anzugreifen; habe doch gerade Herr Payer seinerzeit die Weisheiten der Rechtsanwälte verteidigt. Auch die Bezweiflung der Zurechnungsfähigkeit habe Herr Payer andeutungsweise wieder aufgenommen. (Präsident v. Levetzow: Wir sind beim Reichs-Justizamt! Weiterkeit.) Der Redner schließt darauf seine Ausführungen.

Abg. Stadthagen (Soj.): Herr Gröber weist meinem Kollegen Kunert mit Unrecht vor, daß er nicht zum Gehalt des Staatssekretärs des Reichs-Justizamtes gesprochen habe. Hat er vielleicht dazu gesprochen? Kunert aber hat hier dargelegt, daß der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes nichts machen kann, um die Immunität der Abgeordneten zu schützen. Herr Gröber sagt, man solle sich an die vorgezeichneten Personen des erwähnten Bezugsbeamten wenden. Was sollen wir aber thun, wenn dieser Bezugsbeamte in der Person des Justizministers steckt? Wie sollen wir ihn zwingen, sich selbst anzuliegen? Wenn diese Beamten alle nichts nützen, wenn sie selbst Standhafte Freiheitsberaubungen nicht verhindern können; lernen wir doch ihr Gehalt einfach ab! Das ist ein klarer und sehr zur Sache gehöriger Standpunkt. Die Gerichte erklären bekanntlich, man müsse bei einem Beamten immer vermuthen, er sei pflichttreu vorgegangen. Hat er sich geirrt, dann muß ihm doch ein Mangel an Intelligenz beigezählt werden. Es müßte also ein Gesetz gemacht werden, welches von den Richtern und Staatsanwälten wenigstens verlangt, daß sie die Gesetze kennen. Warum wurde nicht gegen die Richter eingeschritten, als bei Peus auf Verlust der Ehrenrechte erkannt wurde? Wohin sollen solche Zustände führen? Wenn die Beamten nicht die Gesetze kennen, wozu dann überhaupt noch gelehrte Richter? Warum versuchen wir es denn nicht mit Laienrichtern, die doch gefunden Menschenverstand, wenn auch keinen Juristenverstand haben? Dann brauchen wir keinen Staatssekretär und keine vortragenden Räte. Die Fälle der Abgg. Schmidt und Kunert sind so flagrante Verletzungen der Immunität gewesen, daß das beleidigte Rechtgefühl Genugthuung erhalten muß. Das Breslauer Gericht hatte alle Handlungen vorgenommen, welches die Verhaftung Kunert's vorbereiten konnte und am Tage, wo hier der Reichstag verlagert wurde, wurde sofort nach Breslau telegraphirt und Kunert wurde in Breslau auf offener Straße von der Seite seiner Frau weg verhaftet. Dazu ist der Staatssekretär doch wohl nicht da, daß er dafür sorgt, daß Gesetzesverletzungen vorkommen. Das Reichsgericht hat auch diesen Mißbrauch der Amtsgewalt geübt; aber wer kommt auf für das dem Abg. Kunert und der Verfassung zugesagte Unrecht? Der Staatssekretär kann nicht das Geringste in dieser Beziehung in Aussicht stellen. Wenn der Staatssekretär also keine Mittel hat, Gesetzesverletzungen zu verhindern, so sollte doch der Reichstag ernstlich erwägen, ob die Bewilligung eines Gehalts für einen Staatssekretär des Reichs-Justizamtes nicht unnöthig sei. Wir haben erfahren, daß Spizel für die heutige Rechtspflege unentbehrlich sind. Ist denn die Spizelei ganz und gar nicht zu beseitigen? Was die bestehende Gesellschaft mit diesem Abscham, mit diesen Jubältern sich identifiziren? In dem einen Sinne schlagen Sie die Paragrafen der lex Heinze vor und andererseits gebrauchen Sie solchen Entwurf für Ihre Zwecke? In Berlin sind allein 10 000 Mark jährlich für die Vigilantenblase ausgeworfen! Ich komme nun zur Ausländerfrage. Soeben hat man wieder zahlreiche Ausweisungen vorgenommen, und das in demselben Augenblick, wo Handelsverträge in großem Umfange abgeschlossen werden. Die Ausweisung ist ja gesetzlich und ich habe nichts dagegen. Wenn sie aber nur als Strafe aufzufassen ist, so muß doch e contrario gefolgert werden, daß der Ausländer, der nicht begangen hat, was mit der Ueberweisung an das Arbeitshaus



geahndet werden kann, nicht beehelligt werden darf. Nun wurde hier in Berlin eine Ruffin angewiesen, weil sie sich lästig gemacht hätte. Es war ihr ein Heirathsversprechen von dem Bruder eines Berliner Stadtverordneten gemacht worden, das nicht gehalten wurde. Die Ruffin in ihrer Enttäuschung rief dem Urheber des Heirathsversprechens auf der Straße einige nicht schmeichelhafte Worte zu. Damit hatte sie sich lästig gemacht. (Hört! Hört! links). Ist das gerechtfertigt? Wo liegt das Strafbare? Sind das die Grundsätze, auf welche man Handelsverträge aufbaut? In Belgien hat man denjenigen Bewohnern, welche für England optiren wollten, gedroht, sie als lästige Ausländer aus ihrem ererbten und angekommenen Wohnsitz auszuweisen. Auf welchem Gesetz beruht diese Drohung? Wobin kommen wir, wenn alle Beamten immun, wenn die Geseze für nichts sind? Da muß es ja in Rußland sehr viel besser bestellt sein. Warum werden denn diejenigen nicht sofort verhaftet, die zum Zweikampfe herausfordern? Wie liegt ein Urteil des Gerichts in Sagan vor, in welchem ein Redakteur verurtheilt wurde wegen Aufreizung, weil er sozialdemokratische Ziele verherrlicht habe; das Gericht interpretirte, daß die herrschenden Klassen sich deren Verwirklichung nicht ohne Gewalt gefaßt lassen würden, und daß also der Redakteur zu Gewaltthatigkeiten aufgereizt habe! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten). Das Erkenntnis ist vom Reichsgericht bestätigt, und das Erkenntnis im Falle Jantzenowski ging ja von ähnlichen Erwägungen aus. Kann denn der Staatssekretär nichts thun, damit eine Verurteilung nicht schon auf Grund einer bestimmten politischen Ansicht erfolgt? Ja er kann dazu auch ganz unfähig? In Magdeburg hat man von der vorläufigen Entlassung von Strafgefangenen im Falle Frische den wunderbaren Gebrauch gemacht, daß man den Mann erst beurlaubte, als seine Frau, wegen deren schwerer Erkrankung er beurlaubt werden wollte, gestorben war. Ist ferner etwas geschehen, um die Ermüdigung und Einsperrung als unzurechnungsfähig Verdächtiger zu verhindern? Nirgends im Partikularrecht findet sich eine Bestimmung, welche die Polizeibehörden zu solchem Vorgehen ermächtigt; aber das Vorgehen wegen Mißbrauch der Amts-gewalt blieb natürlich erfolglos. Ich bitte Sie, das Gehalt so lange zu verweigern, bis der Staatssekretär erklärt, er habe Zeit, die von uns geforderten Fragen in Erwägung zu nehmen und erwidern.

**Abg. Hartmann (M.):** Ich bitte Sie, trotz der Rede des Herrn Stadthagen das Gehalt zu bewilligen. Ich möchte nur verbriefen, was über das Vorgehen gegen den Abg. Schmidt (Sachsen) durch das Gericht in Chemnitz gesagt worden ist. Herr Schmidt ist vorgeführt worden, aber erst nachdem sein Vertheidiger, derselbe Herr Stadthagen, erklärt hatte, der Angeklagte werde nicht erscheinen, befände sich aber im Zuhörerraum. Da ist ein Polizeibeamter in diesen Raum getreten, klopfte Herrn Schmidt auf die Schulter und sagte: Herr Schmidt, kommen Sie mit! (Stürmische Heiterkeit.) Da ist denn Herr Schmidt mitgegangen. Die Sozialdemokraten scheinen übrigens den Begriff des Dolus nicht zu erkennen.

**Abg. Stadthagen (Soz.)** wendet sich nochmals ausführlich gegen den Vorredner. Für schlußfähiges Vorgehen werde sonst jedermann lastbar gemacht, warum nicht die Beamten und Aufsichtsborgane der Rechtsprechung? Warum soll der dumme Beamte einen besonderen Vorzug haben? Da müßte ja jeder Beamte sich hüten oder doch Bedenken tragen, die Geseze kennen zu lernen.

**Abg. Hartmann:** Herr Stadthagen hat noch immer die Geschichte mit dem Herrn Dolus mit der rechtswidrigen Ansicht nicht begriffen. (Lachen links). Nach Herrn Stadthagen sind die Staatsanwälte so ziemlich weiter nichts als Mitglieder einer Ignorantenbande.

Nach einigen kurzen Erwiderungen des Abg. Stadthagen wird die Debatte geschlossen, und nach zahlreichen persönlichen Bemerkungen des Gehalt des Staatssekretärs bewilligt, ebenso der Rest des Etats, nachdem auf Anfrage des Abg. Grafen Kanitz (M.) Staatssekretär Hanauer erklärt hatte, daß die in Berlin wohnenden Mitglieder der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch 20, die auswärtigen Mitglieder 30 M. Diäten bekommen.

Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Etat des auswärtigen Amtes).

## Parteinachrichten.

**Protest-Veranstaltungen gegen die Militärvorlage** wurden weiter abgehalten in Jöhren (Ref. Reichstagsabgeordneter Wurm), Wittenberge (Ref. Glöckner-Berlin), Luckenwalde (Ref. Förster-Berlin).

**Von der Agitation.** In vielen Orten des Wahlkreises Leipzig-Land wurde am Sonntag unter zahlreicher Theilnahme der Parteigenossen der stenographische Bericht über Bedel's Reichstagsrede vom 3. Februar verbreitet.

**Die Sozialdemokratie des Wahlkreises Hanau-Gelnhanen** orb hält am 8. März, von Vormittags 11 Uhr ab, in Bäckersbach im Saale des Gastwirths Frau (gegenüber dem Bobnhof) einen Parteitag ab. Die Tagesordnung lautet: Berichterstattung über den heftigen Parteitag in Fulda, Organisation und Agitation, Kandidatenfrage, Parteiorgan, Vortrag des Genossen Adolf Beck aus Offenburg.

Das „Leipziger Tageblatt“ meldete, wie uns aus Leipzig geschrieben wird, in Markranstädt habe der Kassirer des sozialdemokratischen Konsumvereins, Bauunternehmer Bartmuth, 25 000 M. unterschlagen. Bartmuth sei ein Führer der Sozialdemokratie und von dieser Partei in das Stadtverordnetenkollegium gewählt worden. Diese Nachricht ist natürlich zu neun Zehnteln erlogen, wie das bei Mittheilungen, welche das „Tageblatt“ über unsere Partei bringt, gewöhnlich der Fall ist. Der Betrüger Bartmuth, der übrigens nicht 25 000, sondern 16 000 M. unterschlagen haben soll, ist politisch indifferent, und so wenig ein Sozialdemokrat, daß ihn die gegnerischen Parteien noch vor drei Jahren als ihren Kandidaten aufstellten. Unsere Markranstädter Genossen beteiligten sich vor zwei Jahren zum ersten Mal selbständig an der Stadtverordnetenwahl, unterlagen aber mit ihrer Liste und haben somit im Gemeindekollegium keine Vertretung. Bartmuth hatte sich in das Vertrauen der Leiter des Konsumvereins einzuschleichen gewußt; an seine Stelle ist jetzt ein Parteigenosse berufen. Nach der üblichen Erfahrung, die der Konsumverein mit Bartmuth gemacht hat, dürfte dieser Verein wohl für alle Zeit davon absehen, einem Angehörigen der „Ordnungs“partei den Kassirerposten anzuvertrauen.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für Franken und die Oberpfalz erließ einen Aufruf zur schleunigen Vornahme der Vorarbeiten für etwaige Neuwahlen zum Reichstag. In keinem Wahlbezirk Nordbayerns soll die Propaganda verjäumt werden. Es wird zur Bildung von Wahlkomitees, Abhaltung von Wahlkonferenzen und zur Regelung der Kandidatenfrage aufgefordert. Während früher Nürnberg - Fürth das nördliche Bayern mit sozialdemokratischen Bewerbern am Reichstags-Wahlstande versorgte, will man künftighin die Kandidaten den betreffenden Wahlkreisen selbst entnehmen. Doppelkandidaturen sollen vermieden werden.

Die Wahl der Wahlmänner zu der in dem böhmischen Bezirke Reichenberg Land vorzunehmenden Reichstagswahl, wozu von der Sozialdemokratie Dr. Adler aus Wien als Kandidat aufgestellt ist, hat uns gegen früher eine Vermehrung

der Stimmen um das drei- bis vierfache und der Wählermänner um das Doppelte eingebracht. Wie das in Reichenberg erscheinende Parteiblatt „Freiheit“ mittheilt, werden von den etwa 800 gewählten Wählern zum mindesten ein Drittel für Dr. Adler stimmen. Bei dieser Wahl lernten die Genossen den Werth der Gemeindevorstellungen, die als Wahlkommissionen zu fungiren haben, recht erkennen. Der „Freiheit“ fordert daher die Arbeiterschaft auf, kräftig sich an allen Gemeindevorwahlen zu beteiligen, damit sozialdemokratische Vertrauensmänner in die Gemeindefunktionen gelangen und dadurch den Gegnern besser auf die Finger gesehen werden kann, als dies jetzt möglich ist. Alles in Allem ist das Wahlergebnis für die Sozialdemokratie ein hoch erfreuliches.

**Todtenliste der Partei.** Gestorben in Stettin nach langem Leiden der Parteigenosse Wilhelm Reclam.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der Redakteur der „Apoldaer Freien Presse“, A. Baudert, wurde vom Schöffengericht wegen Verleumdung des Kaufmanns E. Wittsch zu 10 Tagen Haft und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt.

— Wegen Verleumdung der Magdeburger Polizei wurde der Redakteur der dortigen „Volkstimme“ zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Der mitangeklagte Veranlasser des betreffenden Artikels, der dessen Inhalt als vollständig wahr anerkannte, wurde freigesprochen.

— Sächsisches. Die für den 12. Februar 1898, Nachmittags 3 Uhr, in Aussicht genommene öffentliche Volksversammlung im Münch'schen Gasthause zu Eppendorf wird auf Grund von § 6 des Gesezes, das Vereins- und Versammlungsrecht betr., vom 22. XI. 90 hiermit verboten.

Nach der schriftlichen Anmeldung besagter Versammlung soll in derselben Hermann Wolf aus Reuschweindorf als Referent über das Thema: „Warum ich nicht mehr Volksschullehrer bin“ sprechen.

Wenn es nun notorisch ist, daß p. Wolf unter diesem Thema den Inhalt einer bei den Ältern der königlichen Amtshauptmannschaft befindlichen, von ihm verfaßten Druckschrift gleichen Titels vorzutragen pflegt, in dieser Druckschrift aber Grundsätze und Lehren vertreten werden, welche namentlich bei weniger urtheilsfähigen Zuhörern die Begriffe von Gut und Böse zu verwirren und insbesondere auch gegen die bestehenden Staats- und Sittengesetze einzunehmen geneigt sind, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß der Zweck der angemeldeten Versammlung darin besteht, zu Gesezesübertretungen oder unzüchtlichen Handlungen geneigt zu machen.

Königliche Amtshauptmannschaft Bldha.  
Prz. v. Leubner.“

## Tokales.

Dem Ersuchen der Arbeiter-Sanitätskommission, sich am letzten Sonntag zu einer vorzunehmenden Enquete über die Wohnungsverhältnisse einer noch näher zu bestimmenden Straße einzufinden, hatten ungefähr 120 Genossen, zumeist aus dem Südosten, entsprochen. Fünf ebenfalls genannter Kommission angehörende Aerzte gaben die gehörige Anweisung zur Ausführung der Fragebogen, dann ging es frisch an's Werk. Man hatte die zwischen der Drangels- und Wölflingstraße belegene, nur 81 Häuser zählende Sorauerstraße als erstes Versuchsobjekt gewählt und geschah das Befragen der Mieter und das Ausmessen der Wohnungen durch je zwei auf ein Vorderhaus und je zwei auf ein Hinterhaus vertheilte Personen. Die Mieter zeigten sich durchweg dem Vorhaben unserer Genossen sympathisch, nur hin und wieder verlor ein Eigenthümlich, der gewöhnlich noch eine Nebenbeschäftigung als Polizei- oder städtischer Beamter auszuweisen hatte, den Recherchenten Steine in den Weg zu legen; zu Konsulten kam es durch das bejammerte Verhalten derselben jedoch in keinem Hause.

Das gemonnene Material, welches, wenn es geordnet ist, veröffentlicht werden dürfte, wird den Beweis erbringen, daß bei ausbrechender Epidemie auch in Berlin der beste Nährboden für diese vorhanden ist, und dann dürften die, auch einer nur möglichen Anordnung an die Hygiene vollständig ungenügenden Wohnungsverhältnisse der armen und ärmeren Klassen doch endlich die kompetenten Behörden veranlassen; die Sache in Erwägung zu ziehen. Wenn wir die Cholera, die doch in Deutschland immer noch bald hier, bald da austritt, erst hier haben, dann ist es zu spät, auf Abhilfe der jedem, der sie sehen will, offenkundigen sanitären Mängelstände in Häusern und Höfen zu sinnen. Die in der Reichstags-Sitzung vom 22. Februar er. von den sozialdemokratischen Abgeordneten hervorgehobenen schlechten Hamburger Wohnungs- und Trinkwasser-Verhältnisse sind fast dieselben wie die in Berlin.

Die hiesige Orid-Krankenkasse der Mannen theilt uns mit, daß sie auf Grund des am 1. Januar d. J. in Kraft getretenen § 82b des Krankenversicherungs-Gesezes, welcher die widerrechtliche Einbehaltung von Beiträgen mit Gefährdung und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht, von denjenigen ca. 200 Bau-Unternehmern, welche der Kasse 37 000 M. an Beiträgen unterschlagen haben, bereits 30 der königlichen Staatsanwaltschaft zum Zwecke der Verhaftung angezeigt hat und die anderen nachfolgen werden. Jedenfalls werden dieselben dem Staatsanwalt — um mit dem Minister v. Bötticher zu reden — nicht durch die Lippen gehen, sondern recht derbe über den Begriff „Ehrlichkeit“ belehrt werden.

Und Rummelsberg wird uns geschrieben: Unser neuer Herr Amtsvorsteher scheint aus sein Theil zur Vernichtung der Sozialdemokratie beitragen zu wollen. Es sind nicht weniger als fünf Genossen wegen angeblicher Gerdarmen-Verleumdung verurtheilt worden. Außerdem schweben Prozesse von unserer letzten Agitationspartei wegen groben Unfugs u. s. w. Deshalb werden sich die hiesigen Genossen weiter nicht abhalten lassen, sondern um so thätkräftiger für unsern Arbeiterverein und die Sozialdemokratie eintreten.

Eine Jagd auf seinen Bureauvorsteher unternahm dieser Tage ein im Centrum wohnender Gerichtsdiener. Er hatte den ersteren beauftragt, eine Rechnung über 180 M. zu begleichen; der Bureauvorsteher lehrte aber vorläufig von diesem Gange nicht zurück. Als der Gerichtsdiener sich die Gewißheit verschafft hatte, daß die Rechnung noch nicht bezahlt sei, holte er sich einen Kriminalbeamten zu Hilfe und durchsuchte die Lokale mit weiblicher Bedienung in allen Stadtgegenden. Er erreichte jedoch nicht weiter, als daß er zwölf Mark für die geraubte Drofsche erster Klasse zahlen mußte. Als er am nächsten Morgen des Verschwindens seines Bureauvorstehers bei dessen Eltern melden wollte, kam der Gesezte gemächlich die Treppe hinauf. Eine Greibvisitation führte zu dem Ergebnis, daß er von der unterschlagenen Summe nur noch fünf Pfennige besaß.

Das Ende eines Zirkusdirektors. Der Aktör und Arbeiter Theodor Heyer wurde am Freitag-Nachmittag, als er die in Wakenitz belegene Parkstraße mit seinem Reitwägen durchfuhr, plötzlich anwohlt, fiel vom Wagen und verstarb infolge Herzschlages. Heyer ist als Sohn eines adligen Offiziers im königlichen Schlosse hier geboren und genoss eine standesgemäße Erziehung. Der junge Mann sollte nach dem Wunsche der Seinigen die Militärkarriere ergreifen, eine unverschämte Neigung trieb ihn aber zur Kunstreiterei hin. Von seinen hochgestellten Angehörigen verlassen, gelang es ihm noch, sich durch eigenen Fleiß emporzuschwingen, er gründete Anfang der sechsziger

Jahre einen eigenen Zirkus, der in der Artistenwelt einen recht guten Namen hatte. Vor etwa fünf Jahren überließ Heyer den Zirkus, der in den kleineren Städten der östlichen Provinzen unserer Monarchie wohl bekannt ist, seinen beiden Söhnen, die sich nacheinander verpflichteten, ihren Vater zu erhalten. Die Söhne scheinen aber ihr Versprechen nicht gehalten zu haben. Heyer gerieth in Noth, und nun mußte der alternde Mann darauf bedacht sein, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit jeder Art zu verdienen.

Die Gutnadel. Als vorgestern Nachmittag zwischen Charlottenburg und Westend die Insassen eines überfüllten Wagenabtheils 3. Klasse infolge eines Umfanges heftig durch und durch aneinander gerüttelt und geschüttelt worden waren, wurde das ob dieses Intermezzo entstandene heitere Lachen durch den Schmerzschrei: „Mein Auge! Mein Auge!“ jäh unterbrochen. Der Schrei ertönte von den Lippen eines jungen Mädchens und es stellte sich heraus, daß ihre Freundin, die vor ihr gesandten, bei dem plötzlichen Knick so unglücklich auf sie gefallen war, daß die Gutnadel jener Dame ihr in das linke Auge gefahren war. Nachdem ein zufällig im Abtheil befindlich gewesener Heilgehilfe auf der nächsten Station die erste Hilfe geleistet, lehrte das junge Mädchen mit dem ersten Zuge nach Berlin zurück, um sich hier sofort nach der fgl. Augenklinik zu begeben.

Eine Blutthat, die sich als Todtschlag bezw. Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange qualifizierte, ist Sonntag Abend um sechs Uhr vor dem Hause Bergmannstr. 14a verübt worden. Der dreißigjährige Tischler Wilhelm Bausch, der mit seiner aus der Ehefrau und drei Kindern bestehenden Familie in Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße, wohnte, war vorgestern Mittag nach Berlin gekommen, um den Sonntag Nachmittag bei seiner Schwester, der Bergmannstraße 16 wohnenden Tischlerin Liebmann, zuzubringen. Diese sah ihren Bruder vom Fenster aus die benachbarte Destillation von Weiß betreten und eine halbe Stunde später mit einem Unbekannten ein zweites Lokal besuchen. Hier muß er des Guten zu viel gethan haben, denn kurz vor 6 Uhr wurde er taumelnd in der Bergmannstraße gesehen. In diesem Zustande trat er vor dem Hause Bergmannstraße 14a den dortselbst bei der Wittwe Palm wohnenden Schuhmacher Gustav Buchholz, der mit seinem schlaflosen, dem Arbeiter Giesch und einem am Planufer wohnenden Schuhmacher Neubert, plaudernd vor der Hausthür stand. Nach Aussage der eckfährigen Tochter des Badermeisters Volenz aus demselben Hause hat Bausch den Schuhmacher Buchholz angerannt und ihn nach oben drein einen dummen Jungen geziehen. Als Buchholz sich dies nicht gefallen ließ, trieb der Schnapsstiefel Bausch noch weiter: er verlegte Buchholz einen Stoß. Hierdurch wurde auch der letztere erregt, ergrub seinen mit einem Metallgriffe versehenen Spazierstock und verlegte Bausch damit einen direkt schweren Schlag auf die rechte Kopfseite, das dessen Hut durchschlagen wurde und ein starker Blutstrom aus dem Kopfe hervorquoll. Trotzdem war Bausch nicht bedäuf, konnte vielmehr selbst einen Schlagmann bedrohlich, der die Sistierung des später wieder entlassenen Thäters vornahm. Dann brach Bausch bewußtlos zusammen und wurde in die schweizerische Wohnung gebracht. Obgleich ein Arzt hinzugezogen wurde, verschlimmerte sich der Zustand, und Bausch starb gestern Morgen um 5 1/2 Uhr. Nachdem dieser Ausgange der Polizei mitgetheilt worden war, wurde Buchholz festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt. Er wird als ein ruhiger Mensch geschildert und ist bisher unbestraft. Die Leiche des Erschlagenen ist dem Schauhause zugeführt worden.

Gandfuchung. Bei dem Schriftfeger Rammann, Rurfürstenstraße 162, wurde am Sonntag Hausdurchsuchung abgehalten. Derselbe soll schon seit Jahren in der königl. Hofbuchdruckerei von G. S. Mittler u. Sohn, woselbst er arbeitet, unter seinen Kollegen Boose auswärtiger Lotterien vertrieben haben.

Der Berliner Arbeiterverein für Obdachlose beherbergt im Jahre 1892 127 739 obdachlose Personen, nämlich 109 473 Männer und 18 266 Frauen, Mädchen und Kinder, d. h. 676 Obdachlose mehr als im Jahre 1891. Im Männerasyl steigerte sich die Frequenz um 881, im Frauenasyl um 293. Der Durchschnittsbesuch in jeder Nacht betrug im Männerasyl 299,10 (298,88), im Frauenasyl 49,96 (49,29). Es badeten 89 027 (+ 1708) Männer und 1412 (+ 8) weibliche Obdachlose und wurden in beiden Asylen 89 439 oder 1716 Bäder mehr als im Jahre 1891 verabreicht. Die Gesamtaufnahme im Asyl seit der Eröffnung im Jahre 1869 beläuft sich auf zwei Millionen vierhundert vier und sechzigtausend fünf hundert sechs und fünfzig Personen.

Marktpreise in Berlin am 25. Februar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 15,50—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,50—13,20 M., mittlerer von 13,10—12,90 M., geringerer von 12,80—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,80 M., geringer von 14,50—14,00 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 4,35—4,00 M. Heu per 100 Kilogramm von 8,20—5,00 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Binsen per 100 Kg. von 30,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Hirsfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,80—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,80—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,50 bis 1,90 M. Eier per 60 Stück von 6,00—3,50 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 3,00—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsch von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weiße von 1,40 bis 0,50 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Abends fiel ein Mann auf eigener Unvorsichtigkeit auf der Treppe des Wohnhofs Jannowichstraße, brach den linken Unterschenkel und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Am 26. d. M. Nachmittags gerieth ein Arbeiter an der Ecke der Landberger- und Gollasowstraße beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens unter die Räder und wurde am Kopfe und an der Brust so bedeutend verletzt, daß seine Heberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — Vor dem Hause Krausstr. 88 wurde Abends ein obdachloser Arbeiter mit einer ansehend von einem Falle herabhängenden Verletzung an der Schulter aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Nachmittags fanden zwei kleine Brände statt.

## Theater.

Thomas-Theater. Das Wiener Ensemble unter Direktor Franz Joseph Grafelli erweckt mit der Aufführung der alten Neitroy'schen Follen Zehnteilnahme und Ansehen, wie bisher so auch in der am Samstag stattgehabten Aufführung der Follen „Eulenspiegel“. Der Humor ist zwar nicht von besonderer Tiefe, aber dafür werden wir auch von dem gewaltigen Witz des Versohn, der uns in so vielen Berliner Nachwerken geboten wird. Die Aufführung war eine frische und lebendige, oder wie der Wiener sagt eine „feste“. Von den Darstellern verdienen hervorgehoben zu werden die Herren Müller (Eulenspiegel), Grünacker und Köppel, und von den Damen insbesondere Frau Menzl.



# Gerichts-Beifung.

Die Eisleberer Affäre vor Gericht.

Eisleber, den 27. Februar 1893.

Seit früh beginnt im Amtsgerichts-Saal zu Eisleber, vor dem Forum der dritten Strafkammer, einer Zweikammer des Königl. Landgerichts Halle, die Hauptverhandlung in dem Prozesse wider die an dem bekannten gewalttätigen Zusammenstoß vom 31. Mai 1891 beteiligten Personen: 10 Vergleute, 4 Sozialdemokraten und 1 Polizeisergeant. Obwohl nur Anklage wegen Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung erhoben worden ist, so ähneln der gelegentlich einer im „Gasthof zum Kronprinz“ in Eisleber eintretenden sozialdemokratischen Versammlung stattgehabte skandalöse Vorgänge, welcher der Anklage zu Grunde liegt, doch einem Landfriedensbrüche schwerer Art. Die beantragte Verfolgung gegen einen Teil der Angeklagten wegen Landfriedensbruch ist nachträglich von der Königl. Staatsanwaltschaft zu Halle abgelehnt worden. Den Vorsitz während der Verhandlungen führt Herr Landgerichtsrath Schlemm von Eisleber. Die Staatsanwaltschaft ist vertreten durch den ersten Staatsanwalt Herrn Göbke vom Landgericht Halle. Als Verteidiger werden fungieren für die angeklagten Vergleute und für den Polizeisergeanten Köhler die Herren Justizrath Hof-Eisleber und Rechtsanwalt Dr. Keil-Halle; die angeklagten Sozialdemokraten haben Herrn Rechtsanwalt Heine-Beulin zum Rechtsbeistand angerufen. Das Anlagematerial ist so umfangreich, daß die Verhandlungen voraussichtlich eine Woche in Anspruch nehmen werden. Es sind bis jetzt über 100 Zeugen geladen. Der bei der fraglichen Affäre in dem genannten Lokale angerichtete Schaden soll ein beträchtlicher sein.

Angelagt sind: Der Bergmann Friedrich Diebau, geb. zu Nordhausen, 34 Jahre alt, vorbestraft wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs mit 27 Tagen Gefängnis; der Förderrings-Aufsicher Gustav Wunderlich, geb. zu Eisleber, 47 Jahre alt; der Bergmann Paul Glag, geb. zu Stierack, Kreis Schildberg, 40 Jahre alt; der Zimmermann und Maschinenwärter August Breithaupt, geb. zu Eisleber, 64 Jahre alt, vorbestraft mit 14 Tagen Gefängnis; der Jahrbuchschreiber Karl Neupert, geb. zu Eisleber, 32 Jahre alt; der Bergmann Gerhard Zich, geb. zu Nordach, Kreis Bismarck, 34 Jahre alt, vorbestraft wegen Körperverletzung mit 1 Woche und 3 Tagen Gefängnis; der Bergmann Ludwig Gänther, geb. zu Adersfeld bei Nordhausen, 43 Jahre alt; der Bergmann Paul August Dittmeyer, geb. zu Werich bei Nordhausen, 28 Jahre alt; der Bergmann Paul Baumann aus Eisleber, geb. daselbst, selbiger ist aber in Amerika, weshalb gegen ihn nicht verhandelt werden kann; der Hüttenmann Robert Hoffmann, geboren zu Oberdorf bei Nordhausen, 19 Jahre alt; der Bergmann Jeremias Weinroth geb. zu Fiegelroda im Mansfelder Gebirgskreis, 38 Jahre alt; der Bergmann Maximilian Paul Frieß, geb. zu Querfurt, 37 Jahre alt; der Polizeisergeant Martin Köhler geb. zu Billeda bei Nordhausen, 59 Jahre alt, vorbestraft wegen Mißhandlung mit 30 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Haft, welche Strafe ihm aber infolge Verschonung des Gnadenweges erlassen worden ist, und außerdem wegen Beleidigung mit 30 M. Geldstrafe event. sechs Tagen Gefängnis, jetzt der vorläufigen Mißhandlung im Amte beschuldigt, der Sattler und Lapezierer Friedrich Adolf August Franke geb. zu Eisleber, 28 Jahre alt; der Maurer Ludwig Karl Wolf, ebenfalls geb. zu Eisleber, 28 Jahre alt; der Tischbecker Johann Friedrich Ritter, geb. zu Niederpörsch, Kreis Sondershausen, 31 Jahre alt; der Maurer Heinrich Krüger, geb. zu Eisleber, 40 Jahre alt, vorbestraft wegen Körperverletzung mit einer Woche Gefängnis. Die letztgenannten vier Personen standen zur Zeit des Geschehen auf Seiten der Sozialdemokratie.

Der Geschehen, welcher seiner Zeit großes Aufsehen erregt hat und der gesamten Presse Deutschlands Stoff zu spaltenlangen Artikeln gab, spielte sich in etwa folgender Vorgänge ab. Zum 31. Mai 1891, Nachmittags 1/4 Uhr, hatte der Sattler Franke, welcher Vorsitzender des Eisleberer Arbeiter-Bildungsvereins war, in den Saal des „Gasthof zum Kronprinz“ in Eisleber durch Bekanntmachung in der „Eisleber Zeitung“ eine Versammlung einberufen, in welcher der Redakteur des sozialdemokratischen Zeiter „Volkswort“, Adolf Hoffmann, einen Vortrag halten sollte. Zu dieser Versammlung war den Eisleberer Vergleuten der Zutritt durch Bekanntmachung untersagt, da am 3. Mai eine ähnliche Versammlung, aber ohne Ausschluß der Vergleute, stattgefunden hatte, welche zwar ruhig verlaufen war, in deren Folge aber auf dem Heimwege zwischen Franke und dem Bergmann Grosse Thätlichkeiten entstanden waren. Bei diesem Vorgange ist dem Sattler Franke auch von Seiten anderer reichstrenter Vergleute übel mitgespielt worden. Ungeachtet des Ausschusses der Vergleute hatten sich dieselben aber am 31. Mai in großer Anzahl im Hofe und Garten des genannten Gasthofes eingefunden und begehrten Einlaß. Dieser wurde ihnen von den drei Maurern Bahnefeld, Krüger und Topf, welche sich neben anderen Personen an Eingänge des Saales postiert hatten, verweigert. Auch der Inhaber des Lokales, Gastwirt Kälmeyer, hatte den Vergleuten den Eintritt verboten. Die angeklagten Vergleute Diebau und Wunderlich erklärten aber auf die Einlassverweigerung: „Wenn wir nicht rein dürfen, dann warten wir, bis die Polizei kommt, dann werden wir schon rein können.“ Die an der Thüre stehenden, mit Knäpeln bewaffneten Vergleute gingen hierauf an zu drängen, wurden aber zurückgewiesen. Da sie aber nicht gingen, sondern gewalttätig wurden, erhielt der Bergmann Thiel vom Angeklagten Wolf mit einem Ochsenstemer Schläge auf den Kopf und die Schultern, während bei der Abwehr der Vergleute, die wiederholt den Eintritt in den Versammlungssaal zu erzwingen versuchten, Diebau einen Stich in die Wade und einen Schlag mit einem Stuhlbein erhielt, infolge welcher Umstände der Zusammenstoß in einen allgemeinen Angriff der Vergleute auf die in der Winderzahl im Saale anwesenden Versammlungsbeteiligten, unter welchen sich auch Nichtsozialdemokraten befanden, erfolgte, und das Kentonkre in eine blutige Schlächterei ausartete. Die Vergleute drangen hierauf, sich gegenseitig anfeuernd, mit Knäpeln, Dosensteinen, Papierstücken mit Stahlrinne und mit Metallschrauben beschwerten Gummischläuchen in das Versammlungslokal auf die bedrohten Sozialdemokraten ein, worauf sich letztere von innen heraus mit Stöcken, Regenröhrchen, Stühlen zu verteidigen suchten. Der der Sachbeschädigung beschuldigte Bergmann Glag holte aus einem Stalle der Gärtnerei einen Spaten und zertrümmerte damit das Oberlichtfenster der Korridorthür. Hierbei kamen Verletzungen sowohl auf Seiten der Sozialdemokraten, wie auf Seiten der Vergleute vor. In dem Gemüth wurde mit Seiden und anderem Geschirr geworfen, so daß der Fußboden des Saales mit Saaten und Glasplättern dicht bedeckt war. Fenster und Thüren waren beschädigt, sogar eine eiserne Thürhülle aus dem Mauerwerk gerissen. Vierhundert sollen 150 Stück, außerdem eine Anzahl anderer Gläser, sowie annähernd ein Duzend Stühle demoliert worden sein. Nach Aufforderung des Arbeiters Kammermann, die reichstrenten Vergleute hereinzulassen, stürzten letztere, den zweiten Thürlügel aufreißend, in den Saal, wo sich ein Teil derselben niederließ und Bier trank, während ein anderer Teil sich daran machte, die Sozialdemokraten mit Gewalt aus dem Saal hinauszujagen, so daß sich die Zahl der letzteren erheblich verminderte. Ein vom Büffet aus in den Saal geworfenes Bierglas verdrängte den Tumult wieder von neuem, indem Bergmann Diebau, mit einem Stöckel bewaffnet, auf Krüger zuschritt, mit den Worten: „Krüger, hier mußst Du ran, hier wirst Du geschlochtet!“ worauf Krüger erwiderte: „Du schlochtest keinen!“ Auch Franke, der Enderuser der Versammlung, wurde von Diebau hierauf mit einem Gummischlauch bedroht, was Franke veran-

laßte, zu rufen: „Drei Schritte vom Leibe, sonst schleife ich!“ Diebau wich aber nicht zurück, sondern näherte sich dem Franke in sehr bedrohlicher Weise, so daß letzterer sich genöthigt glaubte, von einem Revolver, der er infolge des Ueberfalls vom 3. Mai bei sich zu tragen für nöthig fand, und wozu er behördliche Erlaubniß hatte, Gebrauch zu machen, und einen Schuß abzufeuern, wobei das Geschloß dem Diebau in die linke Gesichtshälfte bis auf den Unterleib drang. Als Franke hierauf mit einem Seidel am Rinn verkehrt worden war, feuerte derselbe noch zwei Schüsse ab, von denen einer dem Bergmann Wunderlich in die Brust drang und der andere den Bergmann Hackenberg am Hinterkopf verletzete. Nach diesem Vorgange, der den Skandal immer mehr steigerte, flüchtete sich Franke mit mehreren Personen durch einen Sprung über das Büffet in die Küche. Die Eindringlinge, welche sich unwehrend in bedeutender Mehrzahl im Saale befanden, demöstrirten hierauf auf die Aufforderung der Vergleute Neupert und Breithaupt hin mit den Worten: „Was macht der Plunder hier?“ die im Verhandlungssaal angebrachten, dem Arbeiterbildungs-Verein gehörigen Dekorationsstücke. Breithaupt forderte auch von Kammermann den Schlüssel zur Gallerie, um nachzusehen, was noch oben sei. Als er den Schlüssel aber nicht bekam, kletterte er auf das Gesims, ging darauf entlang und schlug alle Figuren und was er außerdem noch erreichen konnte, herunter. Mittlerweile war der angeklagte Polizeisergeant Köhler in Begleitung des Polizeiwachmeisters Rühlmann, der die Schiffe gehört hatte, im Saale erschienen. Letzterer ging durch das Büffet an die verschlossene Küchentür, die dann auf seine durch den Juch: „Im Namen des Gesetzes“ betriebligte Aufforderung geöffnet wurde, worauf zunächst der Angeklagte Franke heraustrat und sich als derjenige meldete, der geschossen habe, was zur Folge hatte, daß selbiger von Rühlmann abgeführt wurde. Sergeant Köhler, der von dem verletzten Wunderlich die Mittheilung erhalten, daß er, W., geschossen sei, begann mit den Worten: „Heraus, wer hier nichts zu suchen hat“, eine Person nach der andern hinauszujagen, wobei er den draußensiehenden Vergleuten mehrmals zurief: „Das ist auch so ein Hund“, was zur Folge hatte, daß jeder der so benannten Sozialdemokraten von den Vergleuten geprügelt wurde. Der Sozialdemokrat Ritter wurde von Köhler am Genick und, da Ritter sich seiner Abführung in dieser Fassung widersetzte, mit Hilfe anderer Vergleute aus dem Büffet herausgezogen, wobei die Worte fielen: „Hier ist er, haut den Hund nieder!“ Ritter wurde darauf unter dem Juchens des Polizeisergeanten von den Vergleuten gemißhandelt. Dann stieß Köhler den Ritter am Genick noch weiter durch den Saal und Flur, die aus die Straßenthüren steinernen Stufen herunter, wobei er rief: „Das ist auch noch einer von denen; schlägt den Hund tot!“ Als hierauf der so mißhandelte Ritter zu flüchten suchte, wurde er auf der Straßenseite von dem Angeklagten Dittmeyer mit einem langen Maientüppel, von dem Angeklagten Baumann mit einer Spitze und von Weinroth ebenfalls mißhandelt. Ritter flüchtete, wurde aber von den in zwei Reihen vor dem Eingang und auf der Straße aufgestellten Vergleuten gemißhandelt; er erreichte schließlich das Haus eines Bahnarbeiters, wohin er aber auch noch von den Vergleuten verfolgt wurde. Zwar versuchten die letzteren ihn an den Knochhöfen herauszujagen, dies wurde aber mit Hilfe der hinzugekommenen Hausbewohner verhindert. Die Untersuchung der Verletzungen Ritters hat ergeben, daß er am Kopfe drei schnittförmige 1-2 Zentimeter lange und zwei bis auf den Knochen gehende Wunden mit scharfen Rändern erhalten hatte. Diese Vorgänge und die Mißhandlungen anderer, anfänglich nicht an dem Geschehen betheiligt gewesener Personen hat der Angeklagte Sergeant Köhler, mit Bücheln beobachtet. Der Handelsmann Bischof, welcher aus dem Gasthofe zu einem Kaufmann ging, wurde auf den Ruf des Sergeanten Köhler: „Das ist auch so einer, schlägt den Hund tot, da kommt nichts darnach!“ von mehreren Vergleuten, besonders von Diebau, derartig auf den Hinterkopf geschlagen, daß er bestimmungslos zu Boden fiel. Als er wieder aufstehen wollte, wurde ihm von dem Angeklagten Hoffmann mit dem Fuß ins Gesicht getreten, so daß er schließlich für tot vom Thore getragen werden mußte. Der Zigarrenarbeiter Fuhrmann wurde ebenfalls, nachdem der Angeklagte Dittmeyer ihn vom Gasthofe auf die Straße gezogen hatte, von diesem und den Angeklagten Baumann und Weinroth mittels Knäpels, sowie vom Angeklagten Glag mit einem Stuhlbein geschlagen. Auch der Arbeiter Kammermann ist nachträglich noch einmal vom Angeklagten Neupert in Gemeinschaft mit einem anderen Bergmann, der mit einem Battenstücke bewaffnet war, mit einem Gebirgsgerüst gerührt worden. Hiermit hatte der Geschehen in der Hauptphase sein Ende erreicht. Nach dem Eröffnungsbeschlusse wird Diebau, Wunderlich, Glag, Neupert, Zich, Gänther, Dittmeyer, Weinroth, Hoffmann, Franke, Wolf und Krüger der Körperverletzung, Wolf außerdem der durch mehrere Handlungen mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung, und Franke der durch drei Handlungen mittels einer Waffe begangenen Körperverletzung beschuldigt. Wolf, Diebau, Wunderlich, Neupert, Krüger, Baumann und Weinroth wurden außerdem noch der Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs, sowie Glag und Breithaupt der vorsätzlichen Sachbeschädigung beschuldigt. Breithaupt und Neupert wird Bestimmung zur Sachbeschädigung, und dem Angeklagten Ritter Widerstand zur Last gelegt. Dem weiter wird der Polizeisergeant Köhler beschuldigt, als Beamter in Ausübung seines Amtes vorsätzlich Körperverletzung begangen bezw. durch Mißbrauch des Amtes und Ueberredung vorsätzlich andere zur körperlichen Mißhandlung von Personen und deren Schädigung an der Gesundheit bestimmt zu haben. Ueber den Gang der Verhandlung werden wir morgen berichten.

Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten wurde dem Filialarbeiter Wenzel zur Last gelegt, der deshalb unter Anklage vor dem Landgericht 1 hier stand. Der Angeklagte hatte in einer Versammlung der Filialarbeiter eine Rede gehalten, in der er nach Behauptung der Anklage verschiedene strafbare Aeußerungen gethan haben sollte. Der Polizeileutnant, welcher die Versammlung überwachte, hatte in den Worten des Angeklagten Aufforderungen zu Gewaltthätigkeiten gesehen und Anzeige erstattet. In der Verhandlung beschwor er auch, daß die betreffenden Aeußerungen vom Angeklagten gebraucht worden wären; er mußte aber auf Betragen des Verteidigers, Rechtsanwalts Heine, zugeben, daß es vereinzelte Sätze aus einer etwa 1 1/2 stündigen Rede, die der Angeklagte gehalten hatte, wären. Es gelang der Verteidigung, durch Zeugen festzustellen, daß der Angeklagte in seinem ganzen Vortrag den Anschlag an die gewerkschaftliche Organisation befürwortet und daß der Schlußsatz der nach der Anklage vor allem inkriminent sein sollte, so ziemlich das Gegenbild von dem besagt, was der Beamte daraus verstanden hatte. Der Staatsanwalt führte aus, er habe sich nur an die von dem Polizeileutnant befundenen Worte zu halten, und in diesem Sinne eine Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten. Demgegenüber betonte der Verteidiger, daß es sich nicht um die Worte, sondern nur um deren Sinn handle, und ausnahmsweise sei es trotz der langen Zeit, die zwischen der Rede und der Verhandlung gelegen habe, einmal gelungen, diesen Sinn unzuverlässig festzustellen. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und sprach frei, während der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis beantragt hatte.

## Soziale Ueberlicht.

Achtung, Schneider! Die brühende Agitationskommission hat den Beschluß einer öffentlichen Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung, welcher besagte, daß sie sich möglichst mit den Arbeitern aller Geschäfte in Verbindung zu setzen habe, um die

bestehenden Mißstände zu ergründen, ausgeführt, so weit dieses bis jetzt möglich war. Nachdem bis jetzt zwei Versammlungen über unser Vorgehen entschieden und die Kollegenhaft der einzelnen Geschäfte sich mit uns solidarisch erklärt hat, findet am Mittwoch, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Volk's Salon (früher Feuerstein), Alte Jakobstr. 75, eine große Versammlung der Werkstatt- und Geschäftebegleitern statt, um über die folgenden Fragen zu beraten: Unsere Forderungen, und auf welche Art stellen wir dieselben den Geschäften? (Siehe Annonce in der Mittwoch-Nummer des „Vorwärts“.) Es ist nöthig, daß in dieser Versammlung aus allen Werkstätten und Geschäften Kollegen erscheinen. Wir lassen daher eine Liste derjenigen Geschäfte folgen, aus denen sich die Kollegen bisher noch nicht mit uns in Verbindung gesetzt haben: Eduard Cohn, Charlottenstr. 48; E. Landsberger, Oberwallstr. 12/13; C. Hinkel, Französischestr. 18; Schulz, Hoflieferant, Charlottenstr. 33; Magnus, Unter den Linden; Kallasse u. Richter, Charlottenstr. 61; Trunk u. Voh, Behrenstr. 7; Englische Kompagnie, Jägerstr. 24; Deutscher Offiziersverein. Ganz besonders werden noch alle Konfektions-Geschäfte mit Maßbestellung eingeladen.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlin.

### Achtung, Schuhmacher!

Wegen Lohnabzugs haben in der Schuhmaarenfabrik von Hirtensheim u. Co., Neue Friedrichstr. 37, Berlin, sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Zugang wird gewarnt. Alle Arbeiterblätter werden zum Abdruck gebeten.

Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlin.

### Achtung, Filialarbeiter!

In der Fabrik von Simon u. Co., Neue Königstr. 39, haben sämtliche Arbeiter wegen Wahrnehmung eines Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Ausführlicher Bericht folgt. Die Kommission.

Krankenkassenwesen. Der freien Kranken- und Begräbniskasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlin, der Allgemeinen Kranken- und Begräbniskasse für Arbeiter zu Pignitz, der Kranken- und Begräbniskasse des selbständigen Ortsvereins der Schneider und verwandter Berufsgenossen zu Berlin, der Kranken- und Begräbniskasse der Seifenfabrik und Berufsgenossen in Berlin, der Freiwilligen Krankenkasse in Breitenfeld, der Schuhmacher-Krankenkasse in Köpenick, der Kranken- und Begräbniskasse für kleinere Grundbesitzer, Professionisten, Handarbeiter und Tagelöhner zu Heiderdorf, Kr. Louban, ist aufgrund des Krankenversicherungsgesetzes vom Ministerium für Handel und Gewerbe die Beschneidung ausgestellt worden, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 genügen.

Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 25. Februar folgende „Erklärung“. Da der letzte Streik im hiesigen Revier beendet ist und auch der ersten Anforderung an das Unterstützungswesen Genüge geleistet ist, hat das Komitee zur Förderung der Interessen der Berg- und Hüttenarbeiter seinen Zweck erfüllt und löst sich mit dem heutigen Tage auf. Die Unterstützungsangelegenheiten werden von jetzt ab von dem Vorstand des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter geregelt und sind die noch vorhandenen Gelder an denselben abgeliefert, welcher darüber quittirt. Die Abrechnung des Komites wird in der Zeitung deutscher Berg- und Hüttenarbeiter“ und in der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben. Das Komitee zur Förderung der Interessen der Berg- und Hüttenarbeiter für Dortmund und Umgegend.

## Versammlungen.

Die Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter hielten am 23. Februar eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die Kontroll-Schuhmarke dem Gegenstand der Tagesordnung bildete. Der Referent, Kollege Bruno Wengler, legte zunächst dar, unter welchen ungünstigen Verhältnissen die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter vor allem in Süddeutschland, dem eigentlichen Doct der Schuld- und Schleuderwaren, zu leiden hätten. Die letzte Generalversammlung der Tabakarbeiter-Organisation habe nun geglaubt, durch Einführung der Kontroll-Schuhmarke, die schon in anderen Industrien den Arbeitern wesentliche Dienste geleistet habe, auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabak- und Zigarren-Industrie in ihrem Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen wesentlich unterstützen zu können.

Es sei daher Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, überall, wo sich Gelegenheit bietet, für Einführung der Schuhmarke einzutreten; vor allem müsse selbstredend dafür gesorgt werden, daß sich das rauchende Publikum für diese Einrichtung lebhaft interessire. Nachdem diese Darlegungen vom Kollegen Frese noch weiter ergänzt worden waren, fand folgendes, vom Kollegen Heilmann eingebrachte Resolution einstimmige Annahme:

Die Versammlung beschließt, mit aller Kraft für die Einführung der Kontroll-Schuhmarke in der Tabakindustrie einzutreten, damit dies Kampfmittel seinen Zweck nach allen Seiten hin erfüllen kann.

Nachdem Wengler im Schlußwort die Kollegen nochmals zur eifrigen Agitation aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

In der Generalversammlung des Krankenunterstützungs- und Begräbnisvereins für Frauen- und Mädchen zu Berlin vom 12. Februar d. J., wurde der Jahresbericht pro 1892 bekannt gegeben. Aus demselben ging hervor, daß die Leistung des Vereins in der kurzen Zeit seines Bestehens (seit Februar 1892) bedeutend war, und der Abschluß ein zufriedenstellender genannt werden kann. Die Zahl der Mitglieder beträgt nahezu 400. Allerdings sind es nur solche, welche dem Versicherungszwang nicht unterliegen, oder solche, welche sich einer zweiten Versicherung gegen Krankheit oder Sterbefall bedienen. Die Leistungen des Vereins sind: 1. Gegen Zahlung von 20 Pf. wöchentlichem Beitrag, 6 M. Krankenunterstützung und 50 M. Sterbegeld. Gegen Zahlung von 25 Pf. wöchentlichem Beitrag 7,50 M. Krankenunterstützung und 60 M. Sterbegeld und gegen Zahlung von 30 Pf. wöchentlichem Beitrag 8,70 M. Krankenunterstützung und 70 M. Sterbegeld. In den Vorstand wurden gewählt Herr Freundreich als Vorsitzender, Reichsbergerstraße 3; Herr Köppen, Rentant, Gitschinerstr. 109; Herr Berger, Kontrolleur, Bahmannstr. 55. Als Beisitzerinnen wurden gewählt Frau Schulz, Thoenstr. 9; Frau Marks, Honskirchstr. 14; Frau Anderich, Melnikendorferstr. 20c; Frau Diebel, Ranningsstraße 76; Frau Dietner, Waldemarstr. 39; Fraulein Gorriss, Neuenburgerstraße 20a; Fraulein Schulz, Brunnenstraße 129, und Fraulein Thiele, Teltowerstr. 12. Als Revisoren wurden gewählt Herr Gerlach, Guoystr. 15 und Herr Freyde, Greifswalderstr. 63. Beitrittserklärungen sowie Beiträge nimmt außer den oben angegebenen Personen noch Frau Stolle, Oranienstraße 129, 2 Tr., entgegen. Auch wird jede nähere Auskunft daselbst bereitwillig erteilt.

Verschickung. Wir nehmen von einer uns vom Vorstehenden der Orts-Krankenkasse der Maurer, Herrn H. Dähme, angekündigten Mittheilung Notiz, wonach der in der letzten öffentlichen Versammlung der Ortskasse der Kaufleute re. aufgekommene Herr Rückert nicht Vorstandsmitglied obiger Kasse ist.

Centralverein der Filialarbeiter Deutschlands, Hannover Berlin, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung, Kunststr. 10. Tagesordnung: Beschneidung über Reichsburger-Anlagenverein. National-kaufmännische Kranken- und Sterbekasse. (S. S. 71.) Bureau: C. Polmannstr. 47. Dienstag, den 28. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant G. Bodenburg, Kommandantenstr. 19/21, Vorstandssitzung.



